

# Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in  
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXX. Jahrgang

Berlin, 7. Mai 1926

Nummer 19

## INHALTSVERZEICHNIS

Wegens aus der Krise! .....	G. Weingart.
Kamerlabuch der Gewerkschaften .....	Dr. DIL.
Die Konferenz der Kreis- und Provinzialhausbesitzer des Wirtschafts- bezirks Brandenburg .....	
Zweite Konferenz der Reichs- und Staatsarbeiter in Hannover .....	
Die Konferenz der Betriebsbetriebe der Wirtschaftsbezirke Rheinland und Westfalen .....	G.
Der ist Notstands- oder vorübergehend beschäftigter Arbeiter? .....	W.
Vom den Niederjachsen .....	W.
Unsere Jugend • Bildungsarbeit • Angestellte, Reichs- u. Staatsarbeiter • Landstrafen- wärter • Aus unserer Bewegung • Aus den deutschen Gewerkschaften • Verbandsstell	



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schleifische Straße 42 / Telefon: Moritzplatz 3105/06, 119 44



# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33  
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)  
Fernsprecher: Amt Marienplatz 11 944

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag.  
Bezugspreis:  
monatlich durch die Post 50 Pf.

## Heraus aus der Krise!



Nach außen hin zeigt Deutschland ein gar eigenartiges Bild. Einmal befindet es sich in einer Wirtschaftskrise, die so verheerend wirkt, daß sie auch im Inlande Besorgnis erregt, dann aber erscheint der Reichshaushaltsetat wieder im rosigsten Licht. Während alle Länder in ihrem Etat große Defizite aufweisen und Frankreich trotz wirtschaftlicher Blüte von einer Finanzkrise in die andere eilt, hat Deutschland einen großen Ueberschuß, wodurch es dem Reichstage ein leichtes war,

wenn man so ein probates Mittel hat, die Lohnbrüdererei nach Herzenslust auszuüben. Alles, was man bis jetzt von der Rationalisierungspolitik gesehen und gehört hat, deutet darauf hin, daß man nicht gewillt ist, die überschüssigen Arbeitskräfte zu verringern. Ganz im Gegenteil. Die englische liberale Zeitung „Daily Chronicle“ behandelte kürzlich in einer Artikelserie unter dem Sammelnamen „Das Weltrennen nach dem Weltmarkt“ die Wirtschaftslage Deutschlands und Amerikas. Der das deutsche Problem behandelnde Spezialberichterstatter Georg Kenwid gibt folgendes Resümee der allgemeinen Ansicht leitender Wirtschaftskreise der deutschen Industrie

eine Steuerentlastung vorzunehmen, die vom Arbeiterstandpunkt aus betrachtet, durchaus unzulänglich und sehr wenig geeignet ist, der vorherrschenden Wirtschaftskrise ernsthaft zu Leibe zu gehen. Die Lohnsteuer ist und bleibt für die deutsche Arbeiterschaft eine zu starke Belastung. Die im Reichshaushalt erzielten Ueberschüsse rühren zweifellos aus der Lohnsteuer, und es ist geradezu erstaunlich, in welcher vorsichtiger Form man einer Senkung derselben aus dem Wege ging. Unser Steuersystem ist revisionsbedürftig, und zu begründen ist es, daß die Gewerkschaftsbewegung diesem Problem die Aufmerksamkeit schenkt, die ihm gebührt. In der englischen Presse hat man die Vermutung ausgesprochen, die Senkung der Steuer sei deshalb vorgenommen worden, um den Erwerbslosen die Möglichkeit zu rauben, auf den gefüllten Staatsfiskus hinweisen zu können. Nach englischen Begriffen ist auch die Befestigung der Weinsteuern unbegreiflich, während man Kaffee und Tee mit einem hohen Zoll bezieht. Der größte Unterschied zwischen dem englischen und deutschen Steuersystem besteht allerdings darin, daß große Teile der Arbeiterschaft nach wie vor keine direkten Steuern zahlen. Die englische Einkommensteuer beginnt erst bei einem Einkommen von jährlich 3000 Mt.

Schier unbegreiflich ist es, wie wissenschaftlich gerichtete Kreise angesichts dieser Tatsache einem Abbau der Sozialgesetzgebung das Wort reden können. An „Abbau“ hat es in Deutschland wahrlich nicht gefehlt. Erstaunlich ist es, welchen Grad die Abbaupolitik gegen die Arbeiter, Beamten und Angestellten genommen hat. Dieser Abbau war der erste Akt in dem Plan, die Wirtschaft durch niedrige Löhne und hohe Preise im Inlande zu heben. Deutschlands industrielle Reservearmee ist heute größer als sie jemals vor dem Kriege gewesen ist. Die ganze Unternehmerpolitik ist darauf gerichtet, ein großes Heer Erwerbsloser auf Jahre hinaus zu erhalten,

**An den Hammer!**

Die Welt ist ein Lieb fügen — Hammer,  
In meiner trotzig geballten Faust.  
Erst in dieser Stunde voll Not und Jammer  
Habe ich deinen Sinn erkannt.

Ich weiß; alle Härte dieser hinfleulernen Erde  
Wälzt drohendes Schuldig auf dein blankes Metall.  
Du aber ländest bröhnend von Fall zu Fall:  
Deine Wucht ist allen Geschehens treibendes Werk.

Vor dem vergessenen Tage deiner erlösenden Zeugung  
Waren Baum und Meer lichtstende, ungenannte Gebilde.  
Du aber gabst ihnen, formtest aus wunschloser Wille  
Den räuberischen Willen blinder Zeugung.

Hätte und Dum — Raschne und schwarzer Schacht —  
Rauhende Schneefangskotomotte, überbrückend der Erdengel Tag und  
Nacht;  
Und der Wald von surrenden Radwirren —  
Dampfer, flutenzerbrechend von Pol zu Pol —  
— kraßst dein blühendes Werk als deiner mächtigen Kraft Symbol.

Deine schaffende Kraft ist in unsere schwingende Arme übergesprungen.  
Auf allen Straßen wird das Lieb erlösender Menschöpfung gelungen:  
Not muß zerbrechen, aus Schicksal wird Wald verbrüdetes Menschentum.  
Ein neues Geschlecht wird die neue Geschichte sprechen,  
Und bis in die Ewigkeit lebt dein Ruhm!

D. Stolz

„Unser ganzes Sinnen und Trachten muß auf eine Steigerung der Ausfuhr gerichtet sein, was nur durch eine Verbilligung der Produktionskosten zu erreichen ist, und dieses wiederum nur bei niedrigen Löhnen.“ Gewiß leugnet niemand die Notwendigkeit, die Auslandsmärkte zurückzuerobern. Ob das aber mit den neuesten, vom Unternehmertum beabsichtigten Methoden denkbar ist, das steht auf einem ganz anderen Blatt. Auch die Unternehmerwelt weiß, daß die Weltmarktfrage heute eine ganz andere als vor dem Kriege ist. Und es ist doch für das Ausland wird sich gegen eine deutsche Schmugkonkurrenz zur Wehr setzen. Immer lauter wird in England Protest erhoben gegen das deutsche Dumping, und es ist mit den schärfsten Abwehrmaßnahmen zu rechnen.

Die deutsche Unternehmerpresse weist allerdings auf das Beispiel der englischen Kohlenindustrie hin, die augenblicklich ihre Stellung durch staatliche Subventionen behauptet. Und doch liegen die Dinge in England ganz anders als in Deutschland. Die staatliche Unterstützung wurde doch dem englischen Bergbau zur Erhaltung der tariflichen Lohnbasis gegeben. Die englischen Kohlenbarone konnten attemmäßig beweisen, daß durch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse die Kohle fast doppelt so teuer als die deutsche ist. Auch war es bis jetzt unmöglich, in England die in Deutschland beliebte Abbaupolitik zur Einführung zu bringen. Trotzdem die Abbaumöglichkeiten gegenüber der Vorkriegszeit bedeutend zurückgegangen sind, werden heute im Kohlenbergbau mehr Arbeiter beschäftigt. Im Bericht der königlichen Enquetekommission zur Untersuchung der wirtschaftlichen Lage des Bergbaues heißt es u. a.: „Trotzdem die Nachfrage nach Kohle im Inlande sich verringerte und auch eine geringere Auslandsnachfrage zu verzeichnen ist, vermehrte sich die Zahl der Beschäftigten von 1 048 000 in der Periode von 1909 bis 1913 auf 1 156 000 im 1925, so daß also heute 10 Proz. mehr Arbeiter

beschäftigt sind als kurz vor Ausbruch des Krieges." Das deutsche Unternehmertum hat also wirklich kein Recht, zu seiner Verteidigung englische Verhältnisse heranzuziehen.

Mit der Politik der niedrigen Löhne muß unter allen Umständen aufgeräumt werden, da durch solchen Zustand das Volk nicht nur verelendet, durch die hierdurch erzeugte dauernde Schwächung der Kaufkraft wird auch die Volkswirtschaft zerrüttet. Im Reichstag hat die Regierung hohe Löhne angeschlagen wegen der Notlage der Landwirtschaft, und wir wollen die Bedeutung dieses Teiles der deutschen Volkskraft durchaus nicht herunterwürdigen. Was aber soll werden? Auf der einen Seite werden alle Hebel in Bewegung gesetzt zur Herunterdrückung der wirtschaftlichen Kraft des Arbeiterstandes, andererseits aber soll die Lage noch durch noch höhere Lebensmittelzölle erschwert werden. Glaubt man wirklich im Ernst daran, auf diese Weise der vorherrschenden Wirtschaftskrise Herr zu werden? Der bereits erwähnte Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt: „Nach meiner Überzeugung ist die Ursache der Wirtschaftskrise in dem Mißverhältnis von Absatzmöglichkeit und Produktionsfähigkeit zu suchen, und in der Bilanzierung leider wirtschaftlicher Potenzen liegt das Mittel der Beseitigung, was auch allgemein anerkannt wird. Die Auslandsmärkte sind teilweise vollständig verlorengegangen und der Inlandmarkt in ganz gefährlicher Art ausgehungert worden, was man schon an der Finanzgebarung der Spartassen erkennt. In den Spartassen, dieser Einrichtung des kleinen Mannes, befindet sich nur ein Reumtel der Summen, die dort vor dem Kriege aufgespeichert lagen. Unter solchen Verhältnissen muß mit der Produktion, soll sie profitabel sein, ganz anders Haushalt geführt werden als früher.“ Es unterliegt keinem Zweifel, daß die geradezu unsinnige Wirtschaftspolitik des deutschen Unternehmertums die Krise in ihrem heutigen Ausmaße herbeigeführt hat. Anstatt mit der inneren Kräftigung der Industrie zu beginnen, suchte man zur Zeit der Inflation in verschwenderischer Art in der Ausbreitung industrieller Einrichtungen sein Heil: man kaufte Maschinen, die den heutigen Ansprüchen nicht mehr genügen. Man trieb Raubbau, was sich nun schwer rächt. In der jetzigen Situation sucht sich das Unternehmertum zu retten, indem es die Ware im Auslande teilweise sogar unter dem Friedenspreise anbietet. Man verkauft die Ware im Auslande zu einem Drittel des Preises als im Inlande. Und da spricht man noch von Verteidigung nationaler Interessen!

Das deutsche Unternehmertum raubt dem Arbeiterstande durch seine grausame Lohnpolitik die letzte Lebensmöglichkeit. Auch in Amerika bestanden in der Zeit von 1920 bis 1923 große Absatzstörungen: dort hat man aber zunächst durch Hebung des Inlandmarktes einen Ausweg gefunden. Die Rationalisierung ist dort mit

ganz anderen Mitteln versucht worden, als dies in Deutschland der Fall ist. Das Leitmotiv der amerikanischen Wirtschaftspolitik nach dem Kriege war: 1. kurze Arbeitszeit und hohe Löhne; 2. erhöhte Produktion; 3. niedrige Preise; 4. rigorose Typifizierung der Produkte.

Bis jetzt sind alle deutschen Preisabbauaktionen im Sande verlaufen, so daß heute niemand mehr an die Möglichkeit eines wirklichen Preisabbaues glaubt. „In Amerika erzielte man den Preisabbau durch vereinfachte Produktion und Typifizierung. Anstatt von einem und demselben Artikel Hunderte, ja Tausende verschiedenartige Muster herzustellen, verringerte man diese auf eine geringe Anzahl. So hat man beispielsweise seit 1923 die verschiedenartigsten Muster von Feilen und Kapseln von 1351 auf 496 verringert; die Bettdeckenmuster von 78 auf 12; die Kloset- und Wasserleitungsapparate wurden von 1114 auf 72 gebracht. Wie in der Produktion hat man auch im Verkauf rationalisiert, durch diese Art Rationalisierung nicht nur die Industrieezeugnisse vereinfacht, man hat die Produktionsfähigkeit gehoben und bei ganz bedeutend erhöhten Löhnen verbilligt. Diese Form der Typifizierung ermöglicht einen erfolgreichen Kampf gegen die industrielle Verschwendung und erhöht den Fonds, aus dem sich Löhne und Profit ergeben.“ So schreibt der bekannte englische Volkswirtschaftler Chiozza Money. Dies ist der einzig richtige Weg um aus der Krise herauszukommen. Mr. Herbert Hoover, der amerikanische Handelsminister, erklärte kürzlich in einem Kreise englischer Volkswirtschaftler:

„Die Erfahrung zeigt uns, daß durch hohe Löhne und geregelte Arbeitszeit die Arbeiterklasse sich davon gewöhnt hat, ihr Geld in nützlichen Dingen zu verwenden. Den steigenden Wohlstand unseres Volkes erkennt man daran, daß von 23 Millionen amerikanischen Familien 17 Millionen im Besitze eines Autos sind. Auch hat sich das Leben der amerikanischen Frau ganz bedeutend vereinfacht: seit Vordemigung des Krieges haben sich die Wäschereien verzehnfacht. Außerdem hat die Waschmaschinenindustrie einen erheblichen Aufschwung genommen. Die Kräftigung des Inlandmarktes war eines der Hauptmittel der Industriewelt nach dem Kriege.“

„Niedrige Löhne, hohe Zölle!“ das war die Parole, die in Deutschland im Jahre 1878 einsetzte und die auch heute wieder leitender Grundzug der Industrie werden soll. Das Unternehmertum scheint sich noch nicht klar darüber geworden zu sein, daß wir uns heute in einer völlig veränderten Weltlage befinden. Die deutsche Unternehmerpolitik erregt den Argwohn des Auslandes. Es zwingt dieses zu Abwehrmaßnahmen, was schließlich dem deutschen Volke schweren Schaden zufügen muß. Vor allem muß der weiteren Verarmung des Volkes ein Damm entgegengeleitet werden. Nur so können wir aus der schwer auf uns lastenden Wirtschaftskrise herauskommen. B. Weingart.

## Amerikabuch der Gewerkschaften.

Der nach der großen Inflation beginnende Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft wurde von Anfang an in stärkstem Maße von der amerikanischen Wirtschaftsentwicklung beeinflusst. Frühzeitig gingen berufene Kräfte aus Deutschland hinüber, um die Verhältnisse in den U. S. A. zu studieren. Ford wurde schon vor Jahren ein Schlagwort, hinter dem sich natürlich nicht nur die Sorge um die technische und kaufmännische Umstellung und den wirtschaftlichen Fortschritt in Deutschland verbarg. Es war also ganz selbstverständlich, wenn die deutschen Gewerkschaften, die mehr als je Anspruch auf eine aktive Mitwirkung an der Neugestaltung der Dinge bei uns erhoben, sich entschlossen, Vertreter aus ihren Reihen nach Amerika zu schicken. Wohl war im allgemeinen die amerikanische Gewerkschaftsbewegung, ihr Umfang und ihre Gliederung bekannt. Weniger bekannt aber waren die vielen wissenwertigen Einzelheiten über ihren Charakter, ihre Bestrebungen auf weite Sicht, ihre Taktik, Arbeits- und Kampfmethoden und vor allem über ihre Stellung zu den großen Problemen, die sich aus der hochkapitalistischen Wirtschaftsentwicklung Amerikas für sie ergaben. Wie findet sich der Arbeiter dort drüben mit dem laufenden Band ab? Wie beeinflusst die neue Arbeitsweise Geist und Körper des Arbeiters? Wie ist der Stand der Arbeitszeit, das Verhältnis von Reallohn und Warenpreisen, die Wohnungsverhältnisse, kurz, die ganze Lebenslage der amerikanischen Arbeiterschaft? Das alles mußte einmal durch Untersuchungen und eigene Anschauung von Gewerkschaftsvertretern klargestellt werden. Gleichzeitig galt es, dem in Atlantic-City tagenden amerikanischen Gewerkschaftskongress einen Besuch abzustatten, um auch hier zu studieren und darüber hinaus die Bande der Freundschaft, die der Krieg zerrissen hatte, zu erneuern und zu festigen.

Am der Reise nahmen teil: R. Blett, Vorsitzender des Berg-

arbeiter-Verbandes, in seiner Begleitung als Wirtschaftsjochverständiger und Dolmetscher Dr. E. Berger, Volkswirt und Angestellter des Bergarbeiter-Verbandes; F. Scheffel, Vorsitzender des Einheitsverbandes der Eisenbahner, in seiner Begleitung F. Jochade, Mitglied des Generalrats der Internationalen Transportarbeiter-Föderation; F. Müntner, Vorsitzender des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter; F. Larnom, Vorsitzender des Holzarbeiter-Verbandes, in seiner Begleitung als Dolmetscher F. Wendel, Sekretär des Holzarbeiter-Verbandes; E. Bader, Vorsitzender des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter; D. Schumann, Vorsitzender des Verkehrsbundes, in seiner Begleitung als Wirtschaftsjochverständiger und Dolmetscher Dr. P. Herland, Volkswirt und Angestellter des Verkehrsbundes; R. Heinig, Volkswirt und Angestellter des Bergmeisterverbandes (UFA-Bund); B. Meyer, Direktor der Bank der Arbeiter, Angestellter und Beamten; W. Eggert, Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in seiner Begleitung als Dolmetscher F. Furtwängler, Sekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Das Ergebnis der Reise ist in dem Amerikabuch der Gewerkschaften niedergelegt. Das Buch behandelt insbesondere die Wirtschaft der Vereinigten Staaten, das soziale Leben Amerikas und die amerikanische Gewerkschaftsbewegung. Es bietet eine seltene Fülle von Material und ein reiches Ergebnis guter und geschulter Beobachtung. Der Wert des Buches liegt aber auf wesentlich anderem Gebiet.

Die Amerika-Delegation der deutschen Gewerkschaften stellt im Schlußkapitel ihres Buches fest: „Auch in Amerika gibt es Elend und Hunger und verzweifelte Ringen um die nackte Existenz. Auch dort braucht man nicht allzu tief im Firnis der Zivilisation zu tragen, um auf soziale Barbarei zu stoßen. Und dennoch: wenn mit

einem Blick die Summe der vorhandenen Lebensmöglichkeiten umfaßt wird, für das Volk im ganzen und für die Arbeiterklasse im besonderen, dann bleibt doch nicht der geringste Zweifel, daß der Lebensstandard in den Vereinigten Staaten ganz erheblich höher ist als in Deutschland, selbst in seiner besten Zeit." Auf den ersten Blick erklärt sich das durch den ungeheuren natürlichen Reichtum Amerikas, durch die Fülle seiner Mineralerschätze und durch die noch jungfräuliche Fruchtbarkeit seines Bodens, besonders im sogenannten Mittelwesten. Diese Auffassung trifft nicht ganz zu. Wir haben andere Länder in der Welt, die von der Natur noch reicher bedacht worden sind als die Vereinigten Staaten in Nordamerika, ohne daß die glanzvolle wirtschaftliche Entwicklung Amerikas dort zu vergleichen wäre. Schon Karl Röttgen, stellvertretender Vorsitzender des Reichsinstitut für Wirtschaftsforschung, der bereits im Herbst 1924 in Gemeinschaft mit Prof. A. Schilling und mit Unterstützung der großen Berliner Fertigwarenindustrie Amerika bereiste, bringt in seinem Buch „Das wirtschaftliche Amerika“ (W.D.V.-Verlag S. m. b. H., Berlin S.W.) die Auffassung des natürlichen Reichtums in den U. S. A. als Quelle der amerikanischen Wirtschaftsentwicklung. Es war zu natürlich, daß Röttgen, der in Amerika besonderen Aufsehen, wie der wirtschaftlichen Erziehung des Ingenieurwachstums und der wirtschaftlichen Bewirtschaftung nachging, mehr als der Durchschnittsamerikaner die Bedeutung der amerikanischen Technik und die revolutionäre Kraft der Methoden der amerikanischen Massenfabrikation erkannte. Welchen Wert Röttgen diesen Dingen zuspricht, beweist das von ihm konstruierte Schema für die physikalisch-mechanische Erzeugung, die Analyse der Arbeitsweise bei der Ford-Motor-Company, die Wichtigkeit, die er den in Amerika ausgebildeten Methoden der zeitlichen und geldlichen Kontrolle beilegt, und insbesondere seine auf amerikanische Erfahrungen zurückgehende Anregungen für eine Rationalisierung in der Warenverteilung. Röttgens Buch ist denn auch die eigentliche Rationalisierungsbibel des deutschen Unternehmertums geworden und die Rationalisierung während des Jahres 1925 ist in ihren Grundzügen die technisch gezielte Umstellung auf die Methoden der amerikanischen Massenfabrikation.

Von einem unserer ersten Ingenieure, der im Vordertreffen des Rationalisierungsprozesses steht, ist angelehnt der technischen Umstellung in der Fertigung das stolze Wort gesprochen worden, daß die Amerikaner heute wieder in Deutschland für die Weiterentwicklung in der Technik lernen können. Wir wissen, daß das keine Renommisterei ist. Wenn aber der Zustand der deutschen Wirtschaft alles andere als Prosperität und wenn der Lebensstandard bei uns durch Preisüberhöhung, Lohndruck und Lohnbittheit ernstlich gefährdet ist, so dürfte das darauf zurückzuführen sein, daß wir im deutschen Umstellungsprozeß die sogenannte Gleichung im amerikanischen Wirtschaftsleben übersehen haben. Röttgen stellt in seinem Buch „Das wirtschaftliche Amerika“ fest, daß die amerikanischen Löhne (im Herbst 1924) das 1,7fache der deutschen betragen und daß das Real Einkommen des amerikanischen Arbeiters um soviel höher ist als des deutschen Arbeiters." Bei Röttgen ist das leider eine bloße Feststellung geblieben. Die Tatsache der höheren amerikanischen Löhne wurde nur im Hinblick auf die Rationalisation bewertet, im übrigen aber, getreu der allen lieben Gewohnheit, durch die günstigeren Ernährungsverhältnisse Amerikas, also den natürlichen Reichtum, erklärt. In Röttgens Buch ergänzte leider der Volkswirt nicht den Techniker. Das deutsche Unternehmertum verfiel ohne Zweifel in die Auswirkung des Röttgenschen Buches demselben Fehler. Wenn unsere Erwerbsgesellschaften im Laufe des Rationalisierungsjahres 1925, wie die Geschäftsabläufe beweisen, ihre Anlagengewerte steigerten, die Leistungsfähigkeit, die Kapazität, stark erhöhten mit dem Erfolg, daß die aus einer ganzen Reihe von anderen Gründen bedingte Absatzkrise sich durch die technischen Neuerungen in Anlehnung an die Methoden der amerikanischen Massenfabrikation nur verschärfte, so ergibt sich dafür nur die eine Erklärung: man konnte die Gleichung, deren eine, die technische Seite, die Seite der Mehrproduktion, der beschleunigten Produktion, man so vortrefflich analysierte und ihre Schwierigkeiten fast spielend überwand, nicht lösen, weil die andere Seite, die volkswirtschaftliche, unbekannt, ein X blieb. Man hat die natürliche Verbindung zwischen Lohnhöhe und Kaufkraft nicht erkannt. Man hatte — welche Gründe hier zuguterleht maßgebend sind, ist vorläufig gleichgültig — den Zusammenhang zwischen Lohn und Kaufkraft nicht ausgewertet und, wenigstens im Endeffekt, die Bedeutung der rentableren Arbeitsstunden und des höher zu verzinsenden Wertes der Arbeitskraft für den Absatzmarkt, nicht ausgenutzt. In dieser Ausnutzung geht aber die Gleichung des amerikanischen Wirtschaftslebens auf: die Mehrproduktion wird tatsächlich verbilligte Produktion an der erweiterten Markt, eine Entwicklung, die in der letzten Periode amerikanischer Wirtschaftsentwicklung ohne

Zweifel über den Weg höherer Löhne ging, wie denn ja auch der deutsche Industrielle Direktor Reuberg ganz richtig feststellte, daß z. B. die für das amerikanische Wirtschaftsleben charakteristischen Lohnsteigerungen in den letzten Jahren bei der Ford-Motor-Company keineswegs nur sozialpolitischer, sondern auch wirtschaftspolitischer Art war, der die Kaufkraft steigert und den Markt erweitert.

Amerika mußte als Kolonialland von jeder höhere Löhne zahlen; die amerikanische Industrie war insbesondere dazu gezwungen, um ihre Belegschaften zu halten, die, begünstigt durch die bekannte Spezialisierung der auch rentableren amerikanischen Landwirtschaft, in diese abwandern konnte. Der größere Anteil am Arbeitsertrag, der auf die breiten Massen fiel, bedeutete aber einen aufnahmefähigen Binnenmarkt. Die Arbeitskraft in Europa, seit den Tagen des Frühkapitalismus und bei uns in den Nachkriegsjahren fast noch mehr als früher nur als Mittel zur Aufspeicherung von Mehrwert betrachtet, erwies sich, höher bezahlt und höher vergütet, also rentabler gemacht, als eine der natürlichsten Ergänzungen der vorhandenen Kapitalakkumulation und im letzten Grunde, Bedürfnisse befriedigend und neue Bedürfnisse wachsend, als Antrieb für diese. Das Amerika-Buch der deutschen Gewerkschaften stellt fest: „Erfolgreich wirkt in den Vereinigten Staaten für den Beobachter aus Deutschland die Höhe des allgemeinen Verbrauchs. Sie ist nicht nur quantitativ beachtlich; noch verwunderlicher wirkt das Tempo des Verbrauchs. Der rasche Umschlag multipliziert die Verbrauchsmengen" — immer neue Märkte schaffend. Und ganz richtig zieht die deutsche Gewerkschaftsdelegation gerade aus diesen Beobachtungen den Schluss: „In der sozialistischen Arbeiterbewegung war man früher geneigt, dem Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft als einer entwicklungsgeologischen Naturnotwendigkeit entgegenzusehen in der Annahme, daß mit dem zunehmenden technischen Fortschritt und dem Anwachsen der Produktivität „die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf wachsen“ müßten und „immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter“ wüchse. Auch ohne den Einfluß des amerikanischen Beispiels hat sich in den letzten Jahrzehnten die Erkenntnis durchgesetzt, daß der Verkauf der Praxis mit einem solchen starren Entwicklungsschema doch nicht ganz übereinstimmt. Eine entsprechende Revision der theoretischen Auffassung hat sich — wenigstens in Deutschland — in aller Form schon vollzogen. Der theoretische Streit darüber, ob unter der Herrschaft einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung für die Arbeiterklasse überhaupt die Möglichkeit besteht, bei wachsender Produktivität an der Vermehrung des Wohlstandes teilzunehmen, oder ob nicht vielmehr alle Vorteile einer solchen Entwicklung den Kapitalisten zufließen müssen, ist erloschen. Die Tatsache und die Erfolge der Gewerkschaften haben bewiesen, daß es in der kapitalistischen Wirtschaft durchaus kein Naturgesetz gibt, wonach die ökonomische Lage der Arbeiter nicht verbessert werden könne. Diese Erkenntnis ist weit entfernt etwa von einer Ausöhnung mit dem kapitalistischen System selbst, dessen ökonomische Widersprüche und soziale Ungerechtigkeiten nicht dadurch widerlegt sind, daß es immerhin auch der Arbeiterklasse eine Verbesserung seiner Lebenshaltung ermöglicht."

Soll das Amerika-Buch der Gewerkschaften für unsere gegenwärtige Wirtschaftslage ausgewertet werden, so ist vor allem sehr zu stellen: die rentablere Arbeitsstunde als Wirtschaftsfaktor. Der erhöhte Lohn ist möglich infolge der sinkenden Gestehungskosten auf Grund der technischen Umstellung. Die Rationalisierung in unserer Fertigung muß sich Hand in Hand mit einer Rationalisierung der privatwirtschaftlichen Bewirtschaftung und der Güterverteilung in dem notwendigen Maß der Erschließung der inneren Märkte auf Grund gesteigerter Löhne fortsetzen. Die Widerstände sind bekannt und nur durch kräftige gewerkschaftliche Organisation zu überwinden.

Fr. Die.

Die industriellen Arbeiter sollen die Avantgarde der Menschheit bilden, und: Indem der Lohn der gemeinen Handarbeit geändert wird (es ist dies der wichtigste von allen Grundfragen), ändern sich auch durch organische Rückwirkung die Preise aller anderen Arbeiten in der menschlichen Gesellschaft, welchen Namen sie auch tragen mögen.

Die Lohnarbeiterklasse ist der Ausbeutung am direktesten preisgegeben, sie steht ihren Ausbeutern Person gegen Person gegenüber und hat obendrein den Vorteil, daß sie durch ihre Konzentrierung in den Fabriken und sonstigen Arbeitsstätten zum lebhaftesten Denken angeregt und von Hause aus in „Arbeiterbataillone“ organisiert ist. Das verleiht ihr einen durch und durch revolutionären Charakter, wie kein anderes Teil der Gesellschaft ihn hat. Wilhelm Liebknecht.

## Die Konferenz der Kreis- und Provinzialchauffeearbeiter des Wirtschaftsbezirks Brandenburg

am 18. April im Gewerkschaftshause in Berlin war von 94 Delegierten und Gästen besucht. Außerdem war ein Vertreter des Provinziallandtages und -ausschusses anwesend. Herr Landesbauamt Dr. Wieneke hielt einen Vortrag über „Entwicklung und Pflege der Landstraßen und ihre Bedeutung für den öffentlichen Verkehr“. Er wies auf die starke Abnutzung der Straßen durch die Automobile hin. Die wassergebundenen Kiesdecken zeigen sich nicht mehr widerstandsfähig genug, es müsse zu anderen Mitteln, wie Teer oder Asphalt, gegriffen werden, um die Schotterdecken zusammenzuhalten. Für verkehrsreiche Straßen müsse man Kleinpflaster legen, welches jedoch sehr hohe Kosten verursache. Man würde z. B. mit 100 000 Mk. nur 1 Kilometer Kleinpflaster herstellen können. Eine ungeheure Summe wäre erforderlich, wenn man bedenkt, daß die Provinzialchauffeen allein eine Länge von 2400 Kilometer haben. Dazu kommen 4000 Kilometer Kreischauffee. Insgesamt etwa 8000 Kilometer. Daher müsse man versuchen, mit einfacheren Methoden, wie Verwendung von Teer und Asphalt, auszukommen, die man bereits seit zwei Jahren in Anwendung bringt. Die Erfahrung muß lehren, ob man mit diesen Oberflächenmethoden weiterkommt. — Nach dieser Ausführungen wurde ein vorzüglich zusammengestellter Film von etwa 2000 Meter Länge abgerollt. Er zeigte den Straßenbau von der alten Römerzeit bis zur Neuzeit in den verschiedensten Ausführungen. Sehr interessant war zu sehen, wie die Straßen unter dem stets wachsenden Automobilverkehr ungeheure Abnutzung erfahren. Während früher nur 10 Kraftwagen pro Tag gezählt wurden, sind es heute 250, die sich in naher Zukunft auf 2500 pro Tag steigern dürften. Das machte für 1924 durch die Kraftfahrzeugsteuer aufgebracht. Das machte für 1924 nur 20 Millionen aus, während die Unterhaltungskosten für 1925 72,1 Millionen betragen haben. Die Verkehrszählungen haben ergeben, daß die Straßen von Berlin nach Hamburg, Eberswalde, Brandenburg sehr stark mit Automobilverkehr belastet sind. Dies trifft auch für die Kreise Teltow, Ober- und Niederbarnim, Osthavelland, Beestow-Storkow, Calau, Luckau, Cottbus zu. Nach all dem hier Aufgeführten tauchen drei wichtige Fragen auf: 1. Welche Methode wendet man an? 2. Wie bringt man das Geld auf? 3. Auf welchen Straßen fängt man mit dem Umbau an? Der Vortragende schloß seine Ausführungen mit dem Wunsch, alle Chauffeearbeiter mögen mit dazu beitragen, daß die Verwaltungen ihre Aufgaben erfüllen können.

Bezirksleiter Kühne sprach dann über „Ruhelohn und Hinterbliebenenversorgung der Chauffeearbeiter“. Er kritisierte die Unzulänglichkeiten in der Sozialversicherung, die es erforderlich machen, daß für die Arbeitnehmer weitergehende Sicherungen in Form solcher Ruhelohnordnungen geschaffen werden. Während wir für den Bereich unseres Verbandes bis 1914 nur 245 Gemeinden zählen konnten, die ihren Arbeitnehmern Ruhelohn- und Hinterbliebenenversorgung gewähren, ist diese Zahl jetzt auf 460 Gemeinden und Gemeindeverbände gestiegen. Nach allgemeinen Erläuterungen ging Kollege Kühne dann im besonderen auf den Entwurf einer Ruhelohnordnung ein, der von der Bezirksleitung der Provinzialverwaltung und sämtlichen Kreisverwaltungen in der Provinz Brandenburg zugestellt worden ist. Eine positive Antwort darauf ist uns bisher nur von der Provinzialverwaltung zugegangen. Nach einem Beschluß des Provinziallandtages von 1913 sollen die Arbeitnehmer „von Fall zu Fall“ laufende Zuwendungen erhalten, berart, „daß die Versorgungsbezüge der gleichartigen Beamten“ nicht überstiegen werden. Vom Verband der Landkreise Frankfurt a. O. sollen wir Nachricht bekommen, wenn die Angelegenheit Gegenstand einer Besprechung gewesen sein wird. Die Kreise im Regierungsbezirk Potsdam haben unseren Antrag sämtlich an den Arbeitgeberverband abgegeben. Bei einem früheren Vorstoß des Kollegen Strunk im Kreise Friedberg hat er die martante Antwort bekommen, daß man den Entwurf ablehnen müsse, weil durch die gesetzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung bereits für die Arbeiter gesorgt sei. Wir hoffen, im nächsten Winter so weit zu sein, daß bei der Etatsberatung im Frühjahr 1927 in den einzelnen Kreisen die Mittel dafür eingesetzt werden können. Das ist aber nur möglich, wenn die Kollegen hinter uns stehen mit ihrem geschlossenen Willen. — In der Diskussion sprachen sich einige Kollegen gegen die Bestimmung in unserem Entwurf aus, daß die Ruhelohnordnung keine Anwendung mehr finden solle auf Arbeiter, die nach Vollendung des 50. Lebensjahres eingestellt werden. Darauf nahm Genosse Wegener Frankfurt a. O. das Wort. Er führte aus, unsere Forderungen wären leicht zu erfüllen, wenn wir überall sozialistische Regierungen hätten.

Das ist aber leider nicht der Fall. Er gab den Kollegen dann noch Fingerzeige, wie sie sich Zeugen eines evtl. Unfalles beschaffen sollen und können, was meist sehr schwer fällt, weil die Kollegen häufig allein auf der Strecke arbeiten. Weiter hat er, davon Abstand zu nehmen, daß die Kollegen sich mit ihren Angelegenheiten an die einzelnen Mitglieder des Provinziallandtages wenden. Es wäre viel besser, wenn sie das bei ihrer Organisation tun, die die Gelegenheit an die Genossen im Landtag weitergibt. Dann wird eine solche Sache nicht als die eines einzelnen, sondern als eine der Gesamtheit betrachtet und behandelt. Folgende Entscheidung wurde einstimmig angenommen:

„Die am 18. April 1926 im Gewerkschaftshause in Berlin tagende Konferenz der Chauffeearbeiter der Provinzialverwaltung und der Kreise in der Provinz Brandenburg nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Beantwortung ihrer durch die Organisation eingereichten Anträge auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung. Die Konferenz ist der Ansicht, daß es eine unumgängliche soziale Pflicht der Provinzialverwaltung sowie des Kreises ist, ihre Arbeiter im Alter vor der vollkommenen Verarmung zu schützen, wozu die vorhandenen gesetzlichen Einrichtungen bei weitem nicht ausreichen. Die Konferenz beauftragt ihre Organisation, den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, die Verhandlungen mit der Provinzialverwaltung sowie mit den Arbeitgeberverbänden im Reg.-Bez. Frankfurt a. O. und Potsdam unverzüglich aufzunehmen, damit durch diese Verhandlungen Richtlinien geschaffen werden, auf Grund deren dann der Provinziallandtag und die einzelnen Kreistage Mittel zur Verfügung stellen im Sinne der von der Organisation gestellten Anträge.“

Kollege Müller referierte hierauf über: „Die Lohn- und Tarifbewegung der Chauffeearbeiter“. Da die Löhne der Chauffeearbeiter sich nach denen der Reichsarbeiter richten, hatten wir Ende 1923, nachdem in 16 Orten der Provinz Brandenburg die Lohnzahlen erhöht worden waren, auch eine Lohnerhöhung für die Chauffeearbeiter gefordert. Damit sind wir aber nicht durchgekommen. Nun warten wir auf den Abschluß des Streites der Eisenbahner, um danach mit einer erneuten Forderung auftreten zu können. Kollege Müller wies auf den leider auch heute noch bestehenden Mangel hin, daß die Chauffeearbeiter noch immer nicht restlos bei uns organisiert sind. Er schloß seine Ausführungen mit der ausdrücklichen Warnung, alles daranzusetzen, daß auch der letzte Chauffeearbeiter unserem Verbands beitrete. — In der Diskussion zu diesem Referat wurden meist örtliche Anfragen und Wünsche vorgetragen. Nachdem die Kollegen Strunk und Müller den einzelnen Diskussionsrednern geantwortet hatten, wurde die von bemerkenswert gutem gewerkschaftlichen Geist getragene Konferenz um 4 Uhr nachmittags geschlossen.

## Unsere Jugend

### Beruf und Untergewicht.

Der Leiter des hygienischen Untersuchungsamtes in Frankfurt, Dr. Fischer, hat in Hamm bei verschiedenen Berufen Messungen an älteren Lehrlingen in den Oberstufen der Fachschulen nach dieser Richtung hin vorgenommen. Sie zeigten, daß das so bedeutungsvolle Untergewicht wie Unterbauchmaß in den verschiedenen Berufen verschieden ist. An Untergewichtigen gab es (in Prozenten) bei dem Metzger 20,8, bei den Metallarbeitern 35,8, bei den Schneidern 59,5, bei den Bäckern 61,1, bei den Drogeristen 61,9, bei den Schuhmachern 64 und bei den Friseurern 80. Unterbauchmaß wurde gefunden bei 37 Proz. Metzger, 33,6 Proz. Metallarbeitern, 55,2 Proz. Schneidern, 61,1 Proz. Bäckern, 71,7 Proz. Drogeristen, 51,1 Proz. Schuhmachern und 66,5 Proz. Friseurern. Im allgemeinen entspricht, so schreibt Dr. Fischer in den Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinverwaltung, das Ergebnis den gehegten Erwartungen. Die geringste Zahl von Untergewichtigen haben die Metzger aufzuweisen, die höchste die Friseurern. Im übrigen aber bringt die Tabelle auch deutlich zum Ausdruck, daß die schwächere Jugend von vornherein im allgemeinen die Berufe ergreift, die nicht schwere Körperkraft voraussetzen, während die stärker entwickelte Jugend eher zu Berufen neigt, die Körperkraft verlangen. Untersuchungen, die im folgenden Jahre an Volksschülern vorgenommen wurden, bewiesen ferner, daß schon in den Kinderjahren im allgemeinen eine Festigung des Körperzustandes erfolgt. Darum ist die gesunde Ernährung der Jugend von grundlegender Bedeutung für die spätere Schaffenkraft und damit für die Leistungsfähigkeit eines Volkes.

# Zweite Konferenz der Reichs- u. Staatsarbeiter in Hannover

Mis am 24. April 1926 unser Verbandsvorsitzender Münter die zweite Reichs- und Staatsarbeiterkonferenz unseres Verbandes eröffnete, konnte er darauf hinweisen, wie gewaltig sich das Verhältnis zwischen Staat und Arbeiterschaft in den letzten 8 Jahren geändert hat. Einst sagte der Sonnenkönig Ludwig XIV.: „Der Staat bin ich!“ Vor dem Ausbruch des Weltkrieges glaubte der Hohenzollernkönig noch jeden zerschmettern zu können, der nicht für ihn sei. Seit der Umwälzung 1918 haben wir nun als Volk ein wesentlich verändertes Verhältnis zum Staat bekommen. Insbesondere auch ist das Verhältnis der Beamten, Reichs- und Staatsarbeiter ein anderes als früher. Sie sind zu Treuhändern des Volkes geworden. Es bleibt aber unsere Aufgabe, diesen Staat auszubauen zu einem demokratischen Volksstaat, den wir anstreben. Bestimmten Rechten müssen bestimmte Pflichten gegenüberstehen.

Diese treffliche Einführungsrede gab sozusagen den Rahmen für die Gesamttagung. In ruhiger Weise wurden alle Probleme und Diskussionen sachlich gewürdigt. Ein einheitlicher kollegialer Geist umfasste die ganze Tagung. Selbst die Begrüßungsworte der Regierungsvorsteher konnten sich des Eindrucks nicht entziehen, daß sie hier mit einer gewaltigen geschlossenen Macht zu verhandeln haben, die respektiert werden muß. Das kam auch in ihren aner kennenden Begrüßungsworten klar zum Ausdruck.

Den Auftakt für die Tagung gab dann das Referat des Regie rungsrats, Genossen Woldt-Berlin über „Wirtschaft und Staat“. Er wies treffend darauf hin, daß das Wort vom Primat der Wirt schaft nur bedingt richtig sei, daß auch der Staat seine ganz be stimmte Geltung haben muß, und daß, wie die Inflationszeit be weisen hat, die allerschwerste Krise für die Wirtschaft einsetzt, wenn die Finanzen eines Staates in Unordnung geraten. In treff lichen eindrucksvollen Darstellungen schilderte der Referent dann die Schwierigkeit der wirtschaftlichen Situation, wie sie sich insbesondere gegenwärtig in der Privatindustrie Deutschlands zeigt. In einer gedankenvollen Parallele des Verhältnisses von Staat und Wirt schaft in der Vorkriegszeit konnte Woldt in der Nachweis klar auf zeigen, wie sich das Verhältnis von Wirtschaft und Staat mehr und mehr geändert hat und wie auch die Arbeiterschaft trotz aller Er schwernisse größeren Einfluß im Staate gewinnt. Wengleich wir, wie bekannt, seine Auffassungen über die Arbeitsgemeinschaften nicht teilen können (wie auch der größere Teil der Hörerschaft sie wohl ebensowenig teilte), so muß doch gesagt werden, daß der aufrichtige Wille des Referenten eindrucksvoll eine Darstellung gab von der Schicksalsverbundenheit zwischen Unternehmer und Arbeiter, die ins besondere in gemeinwirtschaftlichen Betrieben zum Ausdruck kommen müsse, so daß der Arbeiter sich im Entwicklungsprozeß zu seiner Arbeit berufen fühle, anstatt nur einem Erwerb nachzugeben. Es müsse angestrebt werden, daß die Menschen trotz aller Mechanisie rung wieder mit ihrer Arbeit verbunden werden müssen zu neuen Zusammenhängen. Wir möchten keinen Zweifel darüber lassen, daß wir diesem Teil der Gedankengänge leider nicht zustimmen können, da sowohl das Privatunternehmertum als auch ein Teil der höheren Verwaltungsbureaufratie keinerlei Verständnis für solche Fragen

zeigt und die gegenwärtigen Auffassungen nur allzu oft erst durch Kampf- und Machtverhältnisse entschieden werden. Immerhin war recht interessant, seine Darstellung der Industriewirtschaft, die uns immer stärker in einen Paragraphenwust hineintreibt und die Ver handlungen bei Tarif- und Lohnabschlüssen nur allzuoft entarten läßt zu spitzfindiger Juristerei. Interessant waren dann seine Dar legungen über das Verhältnis der Betriebsräte zur Wirtschaft. Die Auswirkung des Dames-Gutachtens wird von dem Referenten an gesehen als eine so ungeheure Belastung, daß dadurch allein die Wirtschaftsnotlage Deutschlands erklärlich sei. Auch diesem Ge dankengang können wir nur einige Vorbehalte anfügen. Wir haben wiederholt in Artikeln zu diesem Problem Stellung genommen und konnten unsere abweichende Meinung hier nur andeuten.

Interessanter und wichtiger war die Darstellung eines Verfalls der Synthese zwischen rationaler Arbeitswirtschaft und sozialer Menschenökonomie. In dieser Darstellung lag wohl der Höhepunkt des Referats, wengleich das ganze sozusagen mit einem Frage zeichen endete. Denn in der Tat sind diese Dinge noch unentschieden und sie sind u. E. von den Machtaktoren abhängig, d. h. von der jeweiligen Stärke der Gewerkschaften oder des Unternehmertums, wie gerade die gegenwärtige Zeit der Krise klar beweist. Alles in allem muß zu dem Referat von Woldt gesagt werden, daß es in vorzüglicher Weise einige Kerngedanken herausgearbeitet hat, die auch das volle Verständnis der Teilnehmer des Kongresses fanden.

Dann gab unserer Reichsleitungsleiter Stetter den Bericht über die Tätigkeit der Reichsleitung. Auch er zog eine Parallele zwischen der früheren Zeit und der jetzigen und konnte nachweisen, wie wir allmählich vorwärtsgekommen sind. Organisatorisch bleibt freilich noch viel zu wünschen übrig, da wir kaum die Hälfte der Staatsarbeiter in unserer Organisation haben. Von diesem Gesichtspunkte ist die Gruppe in unserem Verbands einseitigen noch die schwächste, was aber verständlich ist, da sie ja auch die jüngste ist. Kollege Stetter wies in eingehenden Darlegungen die Vorgänge der letzten Zeit nach — es handelt sich um eine Berichtszeit von nahezu 6 Jahren, da die erste Konferenz 1920 stattfand —, daß wir trotz aller Hemmungen vorwärtsgekommen sind, und daß wir auch noch viel neuen Boden gewinnen können, insbesondere, daß noch die große Gruppe der Beamten, Angestellten und Arbeiter in der Elektrizitätswirtschaft in erheblichem Umfange zu uns stoßen wird, sobald die Entwicklung der staatlichen Elektrizitätswirtschaft ein schnelleres Tempo annimmt. In trefflicher Weise wies Kollege Stetter am Schluß eindringlich darauf hin, daß jede Gewerkschaft sich nicht nur mit Lohn- und Arbeitsverhältnissen beschäftigen könne, sondern, daß sie ein immeres Fundament schaffen müsse. Und dieses Fundament ist der solidarische Zusammenhalt aller Kollegen, ist die politische Information und die klarbewußte Tendenz zur Umgestaltung der gesamten Wirtschaft im Sinne des Sozialismus.

Die Diskussion bewegte sich im großen ganzen im Rahmen des Referats. Wir verweisen auf die weiter unten im Bericht selbst folgenden Entscheidungen, die einstimmig angenommen wurden.

## Von den Niedersachsen.

„Sie machen keine Begegnung, die Niedersachsen.“

Am Mitternacht empfangen mich die Kollegen am Bahnhof mit freundlichen Gesichtern. Zwar trugen sie nicht — wie wir das in den bayerischen Referatsgefiliden gewöhnt sind — bei unsern Empfängen — weiße Handschuhe, Gehrock und Zylinder, aber dafür hielten sie in ihren eisenfesten Häufen das Schild: „Konferenz der Reichs- und Staatsarbeiter.“ Bald fand ich in einem gastlichen Haus Aufnahme. Zunächst sollte ich wieder in ein zweischläfriges Zimmer. Um in kein fremdes Sägewerk zu geraten, sträubte ich mich mit Erfolg und geriet dafür in das ein schläfrige Schreibrzimmer, was ja meinem derzeitigen Beruf einigermaßen entspricht. Die Nacht verbrachte ich also — so schien's mir wenigstens — ohne jegliche Nebengeräusche. Am andern Morgen erhob ich mich gestärkt von meinem Freudenlager. . .

Ein kleiner Stadtpaziergang in Hannover brachte mir wieder einmal zum Bewußtsein, daß diese Großstadt mit ihren herrlichen Parkanlagen zwar nicht so stark charakteristisch in ihren Bauten und Straßen wirkt wie Dresden oder Frankfurt a. M. Was aber dem etwas spitzigen Stil der niedersächsischen Bauart seine Reize abge winnen vermag, findet auch hier mancherlei schöne undesselende Stadtpartien. Hannover als Stadt und seine Bewohner als Charaktere gelten in manchen Kreisen als „stolz“ und schwer zu

gänglich, und das reine Hochdeutsch der Hannoveraner soll die Gefahr in sich bergen, daß man sich leicht an einem „spitzen Steck stößt“. Natürlich, stüßlich oder um deutlicher zu werden: Der Hannoveraner gilt in seinen besthenden Klassen als stolz, monarchisch (mit weißem Einschlag), aristokratisch. Ich las eine Zeitschrift „Der Niedersachse“, die mir dieses Urteil als fast gerechtfertigt erscheinen ließ, wenn nicht kühnere Thebaner versichert hätten, daß diese Sippe sich fast ausschließlich in den engstirnigen Kreisen jener Rasse befindet, die auch an andern Orten vom Hochmutsteufel geplagt wird und ihr „Herrenbewußtsein“ nicht umstellen können in unser neuzeitliches demokratisches Staatsgebilde.

Wie anders klingt's aber auch schon sprachlich, wenn sich unsere Kollegen und wohl die große Mehrzahl der Einwohner im niedersächsischen Platt unterhalten. Da ist auf einmal die vorsichtige Zurückhaltung — die leicht als Mißtrauen und Unzugänglichkeit ausgelegt wird — verschwunden und es rattert nur so in der be weglichsten gar nicht anstößigen Rundart.

Aber ich wollte ja eigentlich von ganz anderen aktuelleren Dingen reden. . .

Da ist zunächst das Volksheim in Hannover, unser Tagungs lokal. 120 Delegierte sitzen in einem Nebenaal, der allerdings noch etwas „wihelminisch“ Vortriebsstil aufweist. Ganz anders der behinterliegende herrliche Riesensaal für 2500 bis 3000 Besucher mit seinem prächtigen Lonnengewölbe, der widerhallenden Akustik und der gewaltigen Bühne, die am Festabend wohl gegen 600 attis

Der zweite Tag brachte zunächst den Bericht der Betriebsräte, den die Kollegen Behrens und Labbert erstatteten.

Das Schlussreferat des Kollegen Scharlau faßte noch einmal in recht temperamentvoller Weise zusammen, was in Schwierigkeiten und Mißverständnissen sich im einzelnen der Organisation hemmend in den Weg stellt. Seine mit großem Interesse aufgenommenen Darlegungen schloß er mit einem Ausblick auf die Notwendigkeit einer Einheitsorganisation der Reichs- und Staatsarbeiter in unserem Verbands.

Wenn wir das ganze Bild dieser Konferenz zusammenfassend charakterisieren sollen, so könnte man sagen; es war eine wohl-gelungene Tagung, die in einheitlichem Willen betundene, vorwärts zu schreiten auf gewerkschaftlichem Gebiet, um die wirtschaftlichen und sozialen Ziele zu erreichen, die wir uns in unserer Bewegung gesteckt haben. Was die Tagung aber über viel ihresgleichen hinaus-hob, war der gemeinsame, kollegiale einheitliche Geist, der bei den Reichs- und Staatsarbeitern in ihrer Vertretung vorhanden war und der uns auch für die Zukunft zu den schönsten Hoffnungen be-rechtigt. — Wir lassen nun den ausführlicheren Einzelbericht folgen:



Im kleinen Saale des Volkshaus in Hannover trat am 24. April 1926 unsere Reichsleitung Reichs- und Staatsarbeiter zu ihrer zweiten Konferenz zusammen. Der Verbandsvorsitzende, Kollege Müntner, eröffnete sie mit einer Begrüßungsansprache. Zum ersten Vorsitzenden der Konferenz wurde Kollege Müller-Hannover, zum zweiten Vorsitzenden der Reichsleitungsleiter Stetter gewählt.

Im Auftrage der Filiale Hannover begrüßte der Vorsitzende Müller die Delegierten. Er betonte, daß Hannover ein guter historischer Boden der Arbeiterbewegung ist. Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband stehe in diesem Bezirk geistig da. 90 Proz. aller in den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband beschäftigten Arbeiter seien in unserem Verbands organisiert. In 125 Ver-waltungsstellen wären nur Mitglieder des Verbandes in den Be-triebsrat gewählt worden. Einstimmige Beschlüsse lägen vor über die Feier des 1. Mai durch völlige Arbeitsruhe. Vor 15 Jahren habe der damalige Stadtdirektor von Hannover, Dr. Tra mm, alle Lohn-forderungen des Verbandes mit dem Hinweis abgelehnt, daß hinter ihm nur wenig Arbeiter ständen. Das sei heute völlig anders, wie die Organisationszahlen beweisen würden.

Begrüßungsansprachen hielten seiner Regierungsdirektor Dr. Bothe vom preussischen Finanzministerium, Oberregierungsrat Klempin vom preussischen Innenministerium, Sekretär Bock vom Ortsauschuß des ADGB, Hannover, Geschäftsführer Winter vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund und Reichstagsabgeordneter Schaffner-Hannover.

Regierungsrat Genosse Woldt vom preussischen Kultusministe-rium sprach dann über „Staat und Wirtschaft“. In den Beziehungen der Wirtschaft zum Staat sind immer Spannungen vor-handen. In der Wirtschaft ringen individuelle Faktoren mitein-ander, der Staat verlangt aber Unterordnung. Eine absolute Lösung kann niemals zustande kommen, es muß ein Kompromiß gefunden werden, und zwar ein solches, daß die Allgemeinheit nicht in Gefahr kommt. Rathenau hat gesagt: „Die Wirtschaft ist das Schicksal.“ Durch den Krieg hat unsere Wirtschaft eine andere Struktur erhalten. Leider sind auch in den vergangenen

Jahren die Wirtschaftfragen mehr vom privatwirtschaftlichen als vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus behandelt worden. Ein Hugo Stinnes galt in den verflochtenen Jahren als der große Wirt-schaftsführer, und kein Mensch wurde voll angesehen, der in dem Aufbau seines Konzerns nicht eine Bilanzleistung sah. In Wirklich-keit sind derartige Wirtschaftsgebilde doch nur auf Inflationspekula-tionen aufgebaut worden. Der Redner erörtert ferner das Problem der Arbeitsgemeinschaften und der Betriebsdemokratie und betonte, daß beide Faktoren, Unternehmer wie Arbeiter, notwendig seien zum Aufbau unserer Wirtschaft. Die Gestaltung und Macht der Wirtschaft darf nicht allein Sache der Unternehmer sein. Es gibt eine Schicksalsverbundenheit zwischen Arbeitern und Unternehmern. Der große Gedanke, der in dem Betriebsräteproblem liegt, ist leider durch die Juristen verfehlert worden, die aus dem Betriebsräte-gesetz ein umfangreiches Paragrafenwerk geschaffen und den Geist daraus vertrieben haben. Vor lauter Paragrafen kann der physio-logische Grundgedanke der Betriebsrätegesetzgebung gar nicht mehr entdeckt werden. Auch die Unternehmer würden leider diese Frage nur unter dem Gesichtspunkt des Nachstrebens betrachten. Viele Unternehmer sagen heute, daß sie einen Betriebsrat haben, „wie sie ihn brauchen!“ Die Unternehmer befinden sich jetzt in einer Position der Hilflosigkeit und Ziellosigkeit. Zum alten Herrenstandpunkte der Vorkriegszeit können sie nicht mehr zurückkehren, den neuen Weg aber haben sie sich selbst verbaut. Der Staat steht diesem Kräftepiel in einer schwachen Position gegenüber. Der Redner besaß sich ferner mit dem Verhältnis zwischen Staatsbediensteten und Staat, wobei er hervorhob, daß der jetzige junge Staat noch nicht in so kurzer Zeit jene beiden Bindungen zwischen beiden Faktoren her-stellen konnte, wie es früher der Fall war. Er schloß mit dem Hin-weis auf die großen treibenden Kräfte in unserer Wirtschaft, die auf den Amerikanismus hindrängen. Das Tempo und der Rhyth-mus unseres Erwerbslebens würden im nächsten Jahrzehnt ganz riesig gesteigert werden. (Starker Beifall.)

Dann berichtete Kollege Stetter über die Tätigkeit der Reichsleitungsleitung. Die Initiationsjahre haben sich in schwerwiegender Weise auf die Sektion ausgewirkt. Die letzten beiden Wettbewerbe, die im vergangenen und in diesem Jahre ver-anstaltet worden sind, waren erfolgreich. Es konnten in der dies-jährigen Wettbewerbe etwa 1000 neue Mitglieder gewonnen werden. Nach den statistischen Erhebungen aus dem Jahre 1925 kann fest-gestellt werden, daß der Mitgliederbestand nicht nur stabil geblieben, sondern in der Aufwärtsentwicklung begriffen ist. Die Zeit des Niederganges ist für die Sektion vorbei und für die Zukunft kann man die besten Hoffnungen haben. Die ganze Lohn- und Tarif-man hat ihren Kulminationspunkt im Reichsfinanzministerium ge-funden. In den meisten Fällen haben sich die einzelstaatlichen Regio-nungen es sich bei den Vorschlägen und Abmachungen des Reichs-finanzministeriums sehr leicht gemacht, indem sie es einfach über-nahmen, ohne nach der guten oder schlechten Seite dieser Verei-nbarungen überhaupt zu fragen. Wir haben stets auf dem Stand-punkt gestanden, daß es am besten ist, wenn auch in Zukunft eine geschlossene Front der Arbeiter, Angestellten und Beamten zustande kommt. Der Beamtenbund aber hat eine Trennung der gemeinsam geführten Verhandlung in der Lohn- und Tarifrfrage durchgeföhrt, sehr zuungunsten beider Teile, der Arbeiterschaft sowohl als auch der Beamten. Bei der Gestaltung der Lohnverhältnisse im Reich und in den Einzelstaaten sind die östlichen Gebiete sehr zurück-geblieben. Die grundsätzliche Einstellung des Reichsfinanzministe-riums zu den Tarifrfragen ist auf die Dauer unhaltbar. Die Reichs- und Staatsbetriebe sind keine Betriebe, die einfach mit den Industrie-

Mitwirkende aufzeigte, während der Saal bis zum letzten Platz be-legt, also mindestens 2500 Kollegen und deren Angehörigen umfaßte.

Damit bin ich schon mitten im eigentlichen Thema: Der Fest-aabend zu Ehren der Delegierten unserer 2. Reichskonferenz. Wenn etwas zu dem glanzvollen Gesingen dieser mustergültigen Konferenz beigetragen hat, so der Festabend. Selten haben wir ein so fest-lich festliches und doch leichtverständliches Festprogramm gehört als hier in Hannover. Das Sinfonieorchester des Deutschen Musiker-verbandes unter Leitung von Paul Paschall setzte mit der Ouvertüre „Ray Blas“ von Mendelssohn-Bartholdy ein. Dann folgte in glanz-voller Steigerung der Priesterchor aus der „Zauberflöte“ von Mozart. O Wolfgang Amadäus! Wenn du es noch erlebt hättest, wie nun aus deiner einst für höfische und „herrschastliche“ Zwecke ge-dachten Oper die Massen des Volkes Erbauung und Andacht schöpfen! Am Ende wärst wohl auch du aus dieser höfischen Intronien-gesellschaft mit einem Stuch geschieden und zu uns herübergekommen, den Trägern neuerzeitlicher sozialistischer Kulturideale. Der Priester-chor wurde von mehr denn 350 Sängern des Volkshauses gesungen. Dieser Volkshauschor leistete erstaunliches, und auch die „Hymne an die Sonne“ von Brambach für Männerchor und Orchester wirkte weiter steigend auf die frohe Feststimmung der Teilnehmer. Wir lassen hier den Text folgen:

1. Hymne an die Sonne.  
Im Osten steigt du auf in roter  
Glut, du allerliebster, leuchtendster Strahl,  
du gibst dein Glänzen auf des Meeres  
Blau,

unlennkt den höchsten Berg, das  
steilste Tal.  
Du stanz mit hehrer Glanz das  
Himmelsblau  
und gibst ein Licht du durch der  
Wälder Grün,  
die Wärme hebt die Haupt, erquickt  
vom Tau,  
im Graze taufend Diamanten sprüh'n.  
Die Lerche steigt empor zu Heiter-  
heit'n  
und singt aus voller Brust die Hymn  
Gruß,  
die Welt durchschneit der Vogel Zug-  
gehn,  
so leucht, durchglüht von deinem  
selgen Licht.  
In alle Menschenherzen bringst dein  
Licht,  
du Hoffnungbringer, tröstlicher  
Genoss!  
Sich der Reinen Schrit verfühmt  
du nicht,  
besonder Irthum, wie des Hürken-  
schloß.  
Mit heiligem Glanz umschwebt du  
den Altar,  
du läßt Blumen auf den Gräbern  
blüh'n;  
den Säugling, wie den Greis im  
Silberhaar  
kannst du mit süßer Wärme kusch  
durchglüh'n.  
Den Kleinen schalm, den hehrten  
Festentron,  
den Opan, des Irthums bitter Nacht,  
so alle schmückt die ewige Strahlen-  
fron'  
mit goldenen Gewanden Hauberkraut,  
Kud dir, o wonnereiches Wellenherg,  
die ew'ge Liebe Gottes kraut und  
bricht;  
Soll dir! Du leuch die Herzen  
himmelswärts  
und Mensch die steile Nacht mit  
heiligem Licht!

Der bekannte Chor „Wach auf!“ es naht gen den Tag, ich hör' singen im grünen Hag, ein' monnigliche Rechtigall“ aus der Schlafapotheose von Richard Wagners „Meisterfänger von Rürnberg“ mit weit über 500 Sängern und Sängerinnen des hannoverschen Volkshauses schloß den ersten Teil wichtig ab. Es folgte ein auf Lustig-



betrieben verglichen werden können. Das Reich hat nicht die Aufgabe, so abstrakt an den Löhnen der Privatwirtschaft festzuhalten, sondern die Pflicht, die Arbeitsfragen nach sozialen Gesichtspunkten zu lösen. Einige Freistaaten haben sich erfreulicherweise von dem Beispiel des Reichsfinanzministeriums freigemacht. Sachsen ist der einzige Freistaat, der vom 1. April an eine Stundentloohnerhöhung von 2 Pf. eingeführt hat. Dieses Beispiel muß auch von den anderen Freistaaten nachgeahmt werden. Im vergangenen Jahre war es überhaupt nur noch möglich, durch Schiedsprüche Lohnerhöhungen zustandezubringen. Wie lange der Konflikt mit der Reichsbahn noch dauern wird, ist völlig ungewiß. Der Reichsbahnverwaltung blieb es vorbehalten, einen für verbindlich erklärten Schiedspruch abzulehnen. Kein Unternehmer hat das bisher versucht. Für die Reichsarbeiter ist der Achtstundentag fast restlos beseitigt worden. Preußen, Sachsen und Thüringen haben dagegen an dem Achtstundentag festgehalten. Scharfe Kritik richtete der Redner gegen das Reichswehrministerium, in dessen Bereich Uebergriffe und Willkürlichkeiten in großer Zahl vorgenommen seien. Die Heeresverwaltung in Stuttgart verübe einen Schwabensfreich nach dem anderen. Arbeiter, die 27 Jahre als Handwerker gearbeitet haben, werden nicht als Handwerker gewertet, weil sie kein Lehrgeld haben. In Lüneburg wurden Handwerker von einem wild gewordenen Oberleutnant wie Rekruten behandelt und dann, nach ihrem Protest, einfach entlassen. Einsprüche dagegen blieben erfolglos, ebenso Eingaben an Hindenburg. Trotzdem das Gericht die Entlassung als unrechtmäßig erfolgt bezeichnet hat, liegen diese Leute noch heute auf der Straße. Die bedeutungsvolle Angelegenheit der Einrichtung einer Ruhe- und Hinterbliebenenversorgungskasse wird sehr schleppend vom Reich behandelt. So ist eines Staates wie Deutschland nicht würdig, wenn Arbeiter, die 40 Dienstjahre hinter sich haben, auf den Snadenweg verwiesen werden. Wir sind bereit, Beiträge für diese Kasse zu zahlen. Dringend notwendig ist es, beim Reichswehrministerium einen Betriebsrat zu bilden. Mit den Hauptbetriebsräten sind die denkbar besten Erfahrungen gemacht worden. Das, was den Reichs- und Staatsarbeitern unter der Ungunst der Verhältnisse in den letzten Jahren in sozialer Hinsicht entziffen worden ist, muß wieder errungen werden. (Beifall.)

Anschließend wurde der Bericht der Randatsprüfungskommission erstattet. Anwesend waren 43 Delegierte, 26 Gastdelegierte, 6 Mitglieder des Verbandsvorstandes, 21 Gauleiter, Sekretär Scharlau und 4 Vertreter der Hauptbetriebsräte.

Der größte Teil der zahlreichen Debatterendner kritisierte vor allem die Politik des Reichsfinanzministeriums in Arbeiterfragen. Es wurde gefordert, daß einmal im Reichstag das ganze unsoziale Gebaren dieses Ministeriums zur Besprechung gelangen soll.

Regierungsdirektor Dr. Böhne gab dann ein Bild von der bisherigen Behandlung der Frage einer Pensionszusatzklasse durch das Reich. Die letzte Verhandlung, die in dieser Angelegenheit vom Reich am 16. Januar angeordnet wurde, sei völlig ergebnislos verlaufen. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums habe dabei auseinandergesetzt, welche Kosten dem Reich und den Ländern durch eine solche Klasse entstehen würden. Zu einer neuen Verhandlung sei bisher keine Einladung ergangen. Preußen sei nicht in der Lage, dem Reich in dieser Sache vorzugreifen. Der Redner betonte, daß das Reich von Preußen veranlaßt werden soll, endlich Farbe zu bekennen.

Von den bayerischen Delegierten wurde die arbeiterfeindliche Haltung der bayerischen Regierung einer Kritik unterzogen.

Zeit und Unterhaltung abgestimmter zweiter Teil; in dem insbesondere Volkstänze und die „Deutschen Tänze“ von Schubert, von Turnerinnen der Freien Turnerschaft unter Begleitung eines kleinen gemischten Chors trefflich dargestellt wurden. Wahrscheinlich, wenn ich noch einmal jung werden könnte, ich würde weder Fußball spielen noch bezgen oder sonstigen „Kraftsport“ pflegen, sondern mich an der modernen rhytmischen Gymnastik beteiligen, denn sie fördert nicht nur Anmut und Schönheit, sondern gibt auch Kraft und Elastizität, wie kein anderer Sport. . . Ueberaus lustig waren die Regitationen von Hans Ebert, vom Stadt Theater, der insbesondere den Jauern 1888er Wein von der Noel bis Bomsf so grauslich schilderte, daß mancher wohl in der Nacht unter Zwangsverstellungen zu leiden hatte von dem „Stachelschwein im Magen“. Mit dem trefflichen Kampfstück „Sturm“ von L. Vossen, komponiert von Uthmann, in gewaltigem sechsstimmig-gemischtem Chor endete die herrliche Feier. Auch an dieser Stelle mag der Text folgen:

2. Sturm.  
Die ihr auf harter Erde lauch,  
den Höhen fern und fern dem Licht,  
Hör' die, wie laut der Herrschersaal  
braun,  
der alles Moriche nicht und bricht!  
Hör', wie er laut und gelend stellt  
mit den Wappeln lacht und  
wählt,  
wie er die Stoppeln lachend greift

In seinem Schlusswort hob Kollege Stetter hervor, daß aus der Diskussion hervorgegangen sei, welche großen Schwierigkeiten die einzelnen Verwaltungen im Lande den Arbeitern bei der Durchführung der tariflichen Vereinbarungen bereiten. Im Reichswehrministerium sei eine Verfügung erlassen worden, die eigentlich einen Verstoß gegen die Reichsverfassung darstelle. Diese Verfügung besage, daß Kommunisten nicht im Reichswehrministerium beschäftigt werden könnten. Eine solche Bestimmung habe in dieser Zeit keinen Platz und spotte jeder Beschreibung.

Folgende Entschliefungen wurden angenommen:  
„Die am 24. und 25. April 1926 im Volkshaus zu Hannover tagende Vertreterkonferenz der im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisierten Arbeitnehmer in den Reichs- und Staatsbetrieben und -verwaltungen erkläre in der seit langer Zeit von der Reichsregierung unter dem Einfluß der Schwerindustrie und der Deutschen Reichsbahnangehörigkeit eingenommenen Haltung gegenüber allen Lohn- und sozialen Fragen eine wirtschaftliche Gefahr für die Existenz der Reichs- und Staatsarbeiter. — Die Konferenz spricht daher den Eisenbahnern in ihrem Kampfe um die Anerkennung des vom 23. Dezember 1925 gestülten Schiedspruches ihre Sympathie aus und erwartet, daß die Reichsregierung endlich das den Gewerkschaften gegebene Versprechen einlöst und die den Eisenbahnern zugesandene Lohnerrhöhung unbedenklich um den Ausweg des anhängig gemachten Rechtsstreites für die Reichsarbeiter sofort zur Auszahlung bringt. — Ferner verlangt die Konferenz die Wiederherstellung des achtstündigen Arbeitstages in allen Reichs- und Staatsbetrieben und -verwaltungen und die Schaffung einer Ruhe- und Hinterbliebenenversorgungskasse. — Die Konferenz beauftragt den Verbandsvorstand, bei kommenden Repräsentativverhandlungen alles daranzusetzen, die bis zum 15. März 1924 bestehenden sozialen Einrichtungen wiederherzustellen. — Von den Länderregierungen erwartet die Konferenz, daß sie mehr als bisher sich von der ausfälligen Lohnpolitik des Reiches freimachen und eine Loxipolitik betreiben, die den notwendigen Lebensbedürfnissen ihrer Staatsarbeiter entspricht.“

„Die am 24. und 25. April 1926 in Hannover tagende Reichskonferenz der Reichs- und Staatsarbeiter beschliefte sich u. a. auch mit der Behandlung der Arbeiter in den Betrieben, Verwaltungen und sonstigen Arbeitsplätzen des Reichswehrministeriums. — Die Konferenz stellt mit Bedauern fest, daß zahlreiche Beamte und Offiziere nicht das notwendige Maß von Verständnis als Leiter einer Dienststelle ihren Arbeitern gegenüber besitzen. Sie weist die dem militärischen Dienst sehr nahe kommende Behandlung der Arbeiter mit Entrüstung zurück und erwartet vom Reichswehrministerium, daß es die Dienstverhältnisse auf dem Verhängniswege dazu anstellt, daß sich alle Vorgesetzte als Arbeitgeberbetreiber betätigen, auch den Arbeitern im Bereiche eines Reichs eine mehr zivile Behandlung zuteil werden zu lassen. — Die Konferenz beauftragt den Verbandsvorstand, nichts unversucht zu lassen, um diesem unwürdigen Zustand ein Ende zu bereiten.“

„Durch die Klännung der ersten Zone des besetzten Gebietes ist auch wird die Erwerbsmöglichkeit Hunderte von Reichsarbeitern bedroht. Es handelt sich fast durchweg um Arbeiter, welche jahres- und jahreszeitlich im Dienste des Reiches beschäftigt sind. Nach den neuesten Bestimmungen erhalten diese zur Entlassung kommenden Arbeiter, sofern sie verheiratet und mindestens ein Jahr beim Reich beschäftigt sind, nur 12 Tageelohn als Wöfung. Ledige Arbeiter erhalten die Hälfte der Summe. Mit der weiteren Klännung des besetzten Gebietes trifft weitere Reichsarbeiter das gleiche Los. — In Wahrung der Interessen der betroffenen Arbeiter

und singen dort bei Tag und Nacht  
In der euch laut den Herrschersaal  
Hör' die, wie laut der Herrschersaal  
braun,  
der alles Moriche nicht und bricht!  
Hör', wie er laut und gelend stellt  
mit den Wappeln lacht und  
wählt,  
wie er die Stoppeln lachend greift

Ein Fußball vereinigte die fröhlich-bunke Kleiderwelt der Damen und die etwas nüchternere unserer Kollegen. Mancher aber — schlug sich seitlich in die Hüfte und sah allensfalls aus der Ecke zu, wie andere ihre rhytmisch-boddeinigen Langschritte ausführten. Damit nun auch nicht die „Nachricht“ fehlt, soll noch verraten werden, daß unser hannoversches Volkshaus, das in zentraler Lage (unweit der „Volkswacht“) sich befindet, im Jahre 1919 den — Kriegervereinigern gegen 750 000 Mark (Wert fast 2 Millionen!) abgekauft wurde! Damals hatte die patriotisch-monarchistische Erönmung befanntlich selbst in Hannover schlechteste Konjunktur. Und so wurde durch den entschlossenen Willen der hannoverschen Arbeiterschaft, indem sie eine einmalige Zahlung von 10 Mark (etwa 5 Goldmark) von jedem freien Gewerkschafter und jedem Parteigenossen forderte, das Kriegervereinshaus zum Volkshaus! Diese Tat kennzeichnet und ehrt den Niedersachsen der arbeitenden Klasse in seinem stark ausgeprägten Opferstern und in klarer Erkenntnis dessen, was zu tun !!

wird beantragt: Der Verbandsvorstand und die Reichsleitungsleitung mögen 1. erneut im Reichsministerium für die besetzten Gebiete um anderweitige Unterbringung der abgebauten Arbeiter verhandeln; 2. die Reichsregierung bestimmen, solchen Arbeitern, die unter keinen Umständen weiter im Dienste des Reiches verwendet werden können, eine Übergangsbewilligung in Anlehnung an die Höhe der bestehenden Entschädigung für Angekettete zu gewähren."

Am Sonntagvormittag, den 25. April, begrüßte noch Geschäftsführer Seig vom Butab die Konferenz.

Nachdem sprach Kollege Behrens (Braße), Vertreter des Hauptbetriebsrats bei der Reichswasserstraßenverwaltung über: „Die Tätigkeit der Hauptbetriebsräte“. Es existieren vier Hauptbetriebsräte im Reich, und zwar bei der Reichswasserstraßenverwaltung, beim Reichsfinanzministerium, beim Ministerium für die besetzten Gebiete und beim Reichsarbeitsministerium. In der Wasserstraßenverwaltung mußte sich der Hauptbetriebsrat vielfach mit der Frage der Verreichlichung der Wasserstraßen beschäftigen. Eine besondere Aufmerksamkeit wandte er stets der Herstellung der Arbeiten in eigenen Betrieben zu. Wenn das jetzt fast in allen Fällen geschieht, so ist das mit ein Verdienst des Hauptbetriebsrates. Ueber die Frage, ob es notwendig ist, daß die Bezirks- und Hauptbetriebsräte alle Jahre neu gewählt werden müssen, kann man geteilter Meinung sein. Bei einem schnellen Wechsel können die Erfahrungen natürlich nicht so verwandt werden, wie es im Interesse der Arbeiterschaft notwendig wäre. Es ist auch schon ein Antrag beim Ministerium eingereicht worden, die Abänderung der Betriebsräteordnung in der Weise abzuändern, daß die Wahlen alle zwei Jahre vorgenommen werden. Der Hauptbetriebsrat bei der Wasserstraßenverwaltung setzt sich aus fünf freigewerkschaftlich organisierten Mitgliedern und einem Christen zusammen.

Labbert (Berlin) sprach über die Tätigkeit des Hauptbetriebsrats beim preussischen Ministerium des Innern und der Finanzen. Auch in Preußen gibt es noch genug reaktionäre Beamte in den einzelnen Verwaltungsstellen. Einen Einblick in die Arbeit des Hauptbetriebsrats gibt die Tatsache, daß bei einem Erlaß in 20 Verwaltungsstellen 19 verschiedene Auslegungen möglich waren. Hier bedurfte es der angestrengten Arbeit des Hauptbetriebsrates, um Klärung zu schaffen. Beim Justizministerium besteht noch kein Hauptbetriebsrat, beim Ministerium für Handel und Gewerbe soll jetzt ein solcher gebildet werden. Wichtig ist es, sämtliche freigewerkschaftlichen Mitglieder in den geschäftsführenden Ausschüssen der Hauptbetriebsräte zusammenzufassen zwecks gemeinsamer Arbeit. Den höheren Beamten, die der Betriebsrätebewegung verständnislos gegenüberstehen, muß klargemacht werden, daß die Betriebsräte eine gesetzliche Pflicht zu erfüllen haben. Unser Verband hat sich, das kann behauptet werden, in den Ministerien eine Position geschaffen, die nicht mehr gelockert werden kann. Unsere Arbeit in den Betriebsräten soll sich von dem Grundgedanken leiten lassen, daß Staatsbetriebe Musterbetriebe sein sollen.

Oberregierungsrat Kempin sprach sich dafür aus, daß sämtliche Hauptbetriebsräte zu einem Betriebsrat beim Staatsministerium zusammengefaßt werden. Den Betriebsrätefragen wird das Ministerium des Innern stets eine besondere Beachtung und Förderung angedeihen lassen.

Regierungsdirektor Dr. Bothe brachte zum Ausdruck, daß auch das Finanzministerium von Preußen den Betriebsrätefragen die größte Sympathie entgegenbringe.

Landtagsabgeordneter Müller überbrachte die Grüße und Wünsche der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

Dann sprach Kollege Scharkau (Berlin) über: „Organisatorische Zukunftsaufgaben.“ Zunächst streifte er kurz die Frage der Bildung eines gemeinsamen Hauptbetriebsrates. Zurzeit lasse sich dieser Gedanke nicht verwirklichen, zumal in den Verwaltungen der Ministerien noch die Dezentralisation vorgenommen werde. Die Regierungsvertreter hat der Redner, vor allen Dingen mitzuteilen, daß überall dort, wo noch keine Hauptbetriebsräte bestehen, solche erst einmal gebildet werden. Dann könnte man auch zur Zentralisation kommen. Der Redner hob hervor, daß es 78 000 Arbeiter in den Verwaltungsstellen des Staates und Reiches gebe. Ein bedeutender Teil davon sei nicht im Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisiert. In den Staatsverwaltungen sei das prozentuale Organisationsverhältnis sehr gut, aber im Reich liege es damit noch im Argen. Man könne mit 20 000 unorganisierten Reich- und Staatsarbeitern rechnen. Diese gelte es jetzt in den Verband zu bringen. In der Stellungnahme zu der christlichen Gewerkschaft gäbe es für den Verband kein Kompromiß. Es sollte allen Kollegen klar sein, daß der Verband nicht nur zur Regelung der Lohnverhältnisse da sei, sondern auch in kultureller Hinsicht bedeutende Aufgaben zu lösen habe. Der Redner führte auch an, wozu großer Unterschied in der arbeitsrechtlichen Stellung der Reichs- und Staatsarbeiter gegen die frühere Zeit besteht. Jetzt könnten sie zum 1. Mai Urlaub erwirken. Früher wären sie bei Beteiligung an Arbeiterveranstaltungen einfach entlassen worden. Die Reichs- und Staatsarbeiter hätten ein ganz besonderes Interesse an der parlamentarischen Tätigkeit. Eine enge Verbindung des Ver-

bandes mit den sozialdemokratischen Vertretern im Parlament sei eine dringende Notwendigkeit. Wenn in der Heeresverwaltung die Arbeit bestimme, 50 Proz. aller Arbeiten von Gefangenen ausführen zu lassen, dann müßte darüber einmal im Reichstag gesprochen werden. Eine besondere Aufmerksamkeit gebühre der Organisation des Heil- und Pflegepersonals. Es sei aber unmöglich, für dieses Personal den Neun- und Aachstundentag zu erreichen, solange das beamtete Personal noch 12 und 16 Stunden arbeite. Zum Schluß ging der Redner auf das Problem der gewerkschaftlichen Umschichtung ein. Die Berufsgewerkschaften hätten in der Geschichte der Arbeiterbewegung eine große Bedeutung. Die Zukunft verlangte aber eine weniger abgrenzende Organisationsform. Die Reichs- und Staatsregierung fragt nicht danach, ob dieser Schloffer, Formner usw. sei, sondern sie kenne nur qualifizierte und nicht-qualifizierte Arbeiter. Die gesamte Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Reichs- und Staatsarbeiter kann für die Dauer nur auf dem Boden der Einheitsorganisation erfolgen. Die Reichs- und Staatsarbeitersektion zählt heute 27 000 Mitglieder.

Die Diskussion beschäftigte sich vor allem mit den Betriebsräten und ihrer Bedeutung für die Organisation. Kollege Dittmer (Berlin) betonte die Notwendigkeit einer einheitlichen Arbeit der Betriebsräte und äußerte sich ferner über Bildungsfragen und die Ferienfrage des Verbandes.

Einstimmige Annahme fanden folgende Entschlüsse:

„Da es in vielen Hunderten von kleineren Dienststellen in den Reichs- und Staatsverwaltungen nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht möglich ist, Betriebsräte resp. Betriebskomitees zu bilden und daher diesen Arbeitern der Schutz des Betriebsrätegesetzes nicht zugute kommen kann, hält die Konferenz den weiteren Ausbau der Betriebsvertretungen in den Reichs- und Staatsverwaltungen für eine zwingende Notwendigkeit. — Die Konferenz beantragt daher den Verbandsvorstand, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß in allen Reichs- und Staatsbetrieben und -verwaltungen, wo Hauptbetriebsräte noch nicht bestehen, solche gebildet werden, damit auch den Arbeitnehmern dieser Betriebe eine Betriebsvertretung gewährleistet wird. — Da nach dem § 61 des Betriebsrätegesetzes die Bildung von Hauptbetriebsräten nur nach vorheriger Verhandlung mit den Gewerkschaften auf dem Wege der Verordnung der Reichs- oder Staatsregierungen erfolgen kann, erwartet die Konferenz, daß die Regierungen dieser zeltgemäßen Förderung Rechnung tragen. — Die Konferenz macht es allen Funktionären zur Pflicht, die Betriebsrätebewegung unter den Reichs- und Staatsarbeitern mehr als bisher zu fördern.“

„Die zweite Konferenz der Sektion Reichs- und Staatsarbeiter soll mit Beteiligung fest, daß sich allen Schwerkranken zum Trotz das Organisationsverhältnis dieser Arbeitergruppe im Rahmen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter innerlich gestiftet hat. — Die Konferenz betont jedoch mit Nachdruck, daß zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen gegenüber den Reichs- und Staatsregierungen die Organisationsverhältnisse auch nach außen hin noch einer weiteren Festigung bedürfen. Die in Hannover versammelten Vertreter von 7 000 organisierten Reichs- und Staatsarbeitern betrachten es daher als ihre vornehmste Aufgabe, ihre ganze Kraft einzusetzen, um auch den letzten in den Reichs- und Staatsbetrieben und -verwaltungen beschäftigten Arbeiter unserer Organisation zuzuführen. — Die Einheitsorganisation ist für die Reichs- und Staatsarbeiter eine Lebensnotwendigkeit und muß mit den uns nahestehenden Organisationen auf dem Wege der Vereinbarung herbeigeführt werden. Von den übrigen freien Gewerkschaften erwartet die Konferenz bei der Durchführung dieser im Sinne des Breslauer Gewerkschaftsallgemeinbeschlusses stehenden Aufgabe weitestgehendes Verständnis. — Um die Interessensvertretung der Reichs- und Staatsarbeiter auch durch die Parlamente künftig wirksam unterstützen zu können, ersucht die Konferenz die Gesamtmitgliedschaft im Reich, dafür einzutreten, daß bei der künftigen Vergabe von Mandaten zum Reichs- und Landtag auch unsere Organisation in entsprechender Weise berücksichtigt wird.“

Eine große Zahl von Anträgen wurde der Sektionsleitung überwiesen.

In die beiden Reichstagskommissionen wurden folgende Mitglieder gewählt: Für Gruppe Nordwest Bagenkopf und Meyenburg (Rüstringen); Westfalen, Rheinland, Kette (Mainz); Baden und Württemberg; Altsater (Stuttgart); Wirtschafsbereich Bayern: Weigl (München); Thüringen und Sachsen: Preißler (Dresden); Bezirk Mitte und Hannover: Rniep (Hannover); Schwerin, Pommern und Preußen: Lobell (Königsberg); Brandenburg: Arendt (Berlin). — In die Tarifkommission der Reichswasserstraßenverwaltung: Nordwest: Behrens und Peters (Rendsburg); Brandenburg (Rughaven); West und Süd: Funke (Frankfurt a. M.); Berlin, Brandenburg und Sachsen: Müller (Brandenburg).

In seinem Schlusswort dankte Kollege Stetter der Ortsverwaltung Hannover für die glänzend gelungene Festveranstaltung am Sonnabendabend und betonte, daß diese zu den Besten gehört, die jemals im Verband der Staats- und Gemeindefarbeiter gegeben worden seien. Der Dank der Konferenz gebühre den Mitwirkenden, Sängern, Musikern und Turnerinnen sowie der Gesamtarbeitersektion Hannovers, die durch diese Veranstaltung ihr hohes Kulturniveau bewiesen habe. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband und die internationale Arbeiterbewegung fand die Konferenz mittags ihr Ende.

## Die Konferenz der Verkehrsbetriebe der Wirtschaftsbezirke Rheinland und Westfalen

am 18. April in Essen war besetzt aus dem Wirtschaftsbezirk Westfalen mit 19, aus dem Wirtschaftsbezirk Rheinland mit 4 Delegierten. Außerdem nahmen teil die Gauleiter Heiny, Gerbracht und Lengersdorf.

Kollege Gerbracht referierte über „Unsere Bezirkstarife“. Beim Neuabschluss des Bezirkstarifvertrages für kommunale Straßenbahnen mit dem Arbeitgeberverband rheinisch-westfälischer Gemeinden konnte im großen und ganzen eine Einigung auf dem Verhandlungswege erzielt werden. In der Hauptsache deshalb, weil der eingereichte Entwurf der Arbeitnehmer sich an die bestehenden Verträge, wie R.M.L. Straßenbahn sowie Bezirkstarif für Gemeinbedarfer, anlehnte. Strittig blieb die Arbeitszeit, welche der Arbeitgeberverband unter allen Umständen in verschärfter Form in den Bezirkstarifvertrag hineinarbeiten wollte, sowie die neu zu schaffende Reihenordnung und die Form der Entlohnung (Monatsgehälter oder Stundenlöhne). Diese Streitpunkte wurden der Beiratschiedsstelle überwiesen. Da auch dieser Spruch nicht befriedigte, wurde als letzte Instanz der Zentralausschuß angerufen, wo nach hundertlanger Verhandlung, nachdem die Frage der Entlohnungsform zurückgestellt wurde, noch eine Einigung erzielt werden konnte. Der Neuabschluss bedeutet eine geringe Besserstellung gegenüber dem bisherigen Zustand. Keine Einigung konnte über die Entlohnungsform erzielt werden, da der Arbeitgeberverband Monatslöhne kategorisch ablehnte. In Anbetracht der augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse muß diese Forderung bei einer besseren Wirtschaftslage erneut behandelt werden. In engem Zusammenhang steht der Abschluß für die kommunalen Autobuslinien. Während der Verkehrsverbund die Absicht hatte, die kommunalen Autobuslinien unter einen besonderen Reichsstarif zu bringen, vertrat unsere Organisation den Standpunkt, die kommunalen Autobuslinien dem R.M.L. sowie dem Bezirkstarifvertrag für Gemeinbedarfer einzuordnen, da dieser Reichsmantelstarifvertrag beweglich genug sei, um solche besonderen Betriebe einzurangieren. Die Frage ist dadurch entschieden, daß die kommunalen Autobuslinien dem R.M.L. Straßenbahn angeschlossen sind. Am 23. März 1926 ist nach wiederholten Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband ein Ergänzungsabkommen für die kommunalen Autobuslinien zum Abschluß gebracht worden, welches sich auf den Bezirkstarifvertrag für die kommunalen Straßenbahnen anschließt. Unsere Aufgabe ist es, bei allen maßgebenden Instanzen dahin zu wirken, daß der Fußnote zum § 1 des R.M.L. Straßenbahn, wonach die Berechtigung der Arbeitgeber, sich an Sondertarifverträgen von Arbeitgeberverbänden der Straßenbahnen zu beteiligen, am 30. September 1924 erloschen ist, der notwendige Nachdruck verschafft und das Fahrpersonal reiflos nach diesen Tarifverträgen behandelt wird. Es bedeutet dieses gegenüber dem Tarifvertrag mit dem Privat Arbeitgeberverband für das Personal nach jeder Richtung einen Fortschritt. In seinen weiteren Ausführungen freit der Redner die Sondertarife für die Städte Solingen und Münster. Insbesondere wurden die Vorgänge in Münster eingehend dargestellt, welche dazu geführt haben, daß unter der Leitung des christlichen Betriebsobmanns sich ein gelber Sozialverein aufgemacht hat, der sich des besonderen Wohlwollens des Baurats Lormin erfreut. In einem Flugblatt ist den Kollegen das Schädliche ihrer Handlungsweise dargestellt worden und steht zu hoffen, daß dieses Konstrukt von Sozialvereinen, wo anscheinend der Baurat Lormin von Münster „mit seinem logalen Herzen“ das Protektorat übernommen hat, recht bald verschwindet. Bezeichnend ist die Antwort, welche der Stadtrat einer schriftlichen Anfrage, ob er bereit sei, dieses weisheitsvolle Vereinen als Tarifkontrahent anzuerkennen, erteilt hat. Das Antwortschreiben lautet:

Die Straßenbahngesellschaft hat unterm 17. März 1926 den Antrag gestellt, zu genehmigen, daß eine neue von der Straßenbahngesellschaft, speziell für deren Interesse gewählte Vertretung von jetzt ab als gleichberechtigter Vertragskontrahent bei den Verhandlungen mit dem Magistrat auftritt. Der Magistrat hat in seiner Sitzung vom 29. März d. J. beschlossen, dem Antrag stattzugeben.

Das letzte Wort dürfte über diese Angelegenheit noch nicht gesprochen sein. Es sind Reinlichkeitsgründe, wonach es der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter ablehnen muß, sich mit solchen Elementen an einen Verhandlungsstich zu setzen. Wenn diese Vorgänge auch nur rein lokale Bedeutung haben, so müssen sie doch auch in den übrigen Stadtgemeinden von unseren Kollegen entsprechend beachtet werden. — An der Aussprache beteiligten sich die Delegierten aus Münster, Solingen, Bielefeld, Herne, Dortmund, München-Gladbach, Duisburg, Barmen und Essen. — Folgende Anträge wurden einstimmig angenommen:

Antrag Dortmund: Die am 18. April 1926 in Essen stattfindende Verkehrspersonal-Konferenz der Gaue Köln und Düsseldorf erwartet vom Verbandsvorstand, daß baldmöglichst der Gegenseitigkeitsvertrag mit dem Verkehrsverbund insofern revidiert wird, daß er den Grundfragen und der Weiterentwicklung der freien Gewerkschaftsbewegung nicht hindernd im Wege steht. — Antrag Bielefeld: Die Konferenz wolle beschließen, die Bezirksleitung bzw. den Verbandsvorstand zu beauftragen, bei kommenden Tarifabschlüssen darauf hinzuwirken, daß den Straßenbahnen und Autobuslinien mehr freie Sonntage, mindestens aber jeder vierte Sonntag, wie bei der Post und der Eisenbahn, gewährt werden. — Antrag Bielefeld: Die Konferenz wolle beschließen, den Verbandsvorstand zu erlauben, mindestens einmal im Monat ein Mitteilungsblatt herauszugeben. Bis zur Erledigung dieses Antrages soll in der Gewerkschaft eine besondere Rubrik für Verkehrsbetriebe eingerichtet werden.

Kollege Lengersdorf referierte dann über: „Die Entwicklung der Verkehrswirtschaft unter dem Gesichtspunkt ihrer zukünftigen Entwicklung.“ Wie das Privatkapital verlust, die Licht- und Kraftversorgung der öffentlichen Hand zu entwenden, so spielen sich gleiche Vorgänge für die Verkehrsbetriebe ab. Wenn das Schnellbahnprojekt Köln-Dortmund zum Stillstand gekommen ist, dann ist es wiederum das Privatkapital, das heute noch nicht flüssig genug ist, um sich den maßgebenden Einfluß auf diese gewinnversprechende Verkehrseinrichtung zu sichern. Dieselben Vorgänge beobachten wir bei den Straßenbahnen und sonstigen Verkehrseinrichtungen. Demgemäß muß es die Aufgabe aller Anhänger der Gemeinwirtschaft sein, mit aller Macht dahin zu wirken, daß diese Verkehrsbetriebe Eigentum der öffentlichen Hand werden. Unsere Organisation hat auf diesem Gebiete gleich nach dem politischen Zusammenbruch vorausschauend gewirkt. Wenn die Erfolge gering sind, dann liegt es leider daran, daß eine einheitliche Stellungnahme in der Arbeiterbewegung nicht erreicht werden konnte. Seit den ersten Versuchen, den Reichsstarifgedanken in die Tat umzusetzen, hat unser Verband immer wieder betont, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für alle Arbeitnehmer in kommunalen Betrieben nach einheitlichen Gesichtspunkten geregelt werden müssen. Diese Auffassung erweist sich heute als die unbedingt richtige. Sie wird sich mit der Zeit auch durchsetzen. Je schneller und gründlicher die Arbeitnehmer in allen kommunalen Betrieben von dieser Erkenntnis durchdrungen sind, werden wir zu einheitlichen Organisationsformen und einheitlichen Lohn- und Tarifverträgen kommen.

In der Aussprache wurde dem Referenten zugestimmt. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen schloß Kollege Heiny mit einer Schlußansprache die Tagung.

### Wer ist Notstands- oder vorübergehend beschäftigter Arbeiter?

Welcher geradezu sträfliche Mißbrauch mit den Begriffen „Notstandsarbeiter“ und „vorübergehend beschäftigter Arbeiter“, § 2 Ziff. 1b R.M.L. Gemeinbedarfer, von einzelnen Gemeinden getrieben wird, dafür haben wir jetzt in Bischofswerda ein treffendes Beispiel erhalten. Leider ist es meist nicht möglich, diesen tarifbrüchigen Gemeinden so auf die Finger zu klopfen, wie sie es eigentlich verdient hätten. Nicht anders als Tarifbruch kann man diese offensichtlichlichen und bewußten Umgehungen des Tarifes bezeichnen. Denn was ist es anders als Tarifbruch, wenn Arbeiter ein ganzes Jahr lang und noch länger ununterbrochen mit allen den Arbeiten beschäftigt werden, die zum allgemeinen und regelmäßigen Aufgabenkreis der Gemeinden gehören. Wir hätten nicht geglaubt, daß man es fertig bringen werde, Straßenreinigen, Abschabfuhr aus städtischen Gebäuden, Düngerabfuhr, Ausschachtungsarbeiten bei Wasserrohr- und Gasrohrbrüchen als Notstandsarbeit zu bezeichnen. Der Bürgermeister von Bischofswerda Dr. Kühn aber ist der Tausendfüßler, der alles fertig bringt.

Seit dem Bestehen unserer Filiale Bischofswerda leben wir in ununterbrochenem Streit mit dem Bürgermeister. Bei jeder Lohnregelung mußten wir erst mit Hilfe des Schlichtungsausschusses und Verbindlichkeitsklärung des gefällten Schiedspruches den Bürgermeister dazu zwingen, die Löhne zu zahlen, die fast zweihundert organisierte sächsische Gemeinden tarifmäßig zahlen. Kurze Zeit gehörte auch die Stadt Bischofswerda einmal dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden an. Weil aber da der Bürgermeister nicht schalten und walten konnte, wie es ihm in den Kram paßte, sagte er scheinbellig zu seinen Gemeindeverordneten, warum sollen wir uns von fremden Leuten bestimmen lassen, wie wir die Steuern großer unserer Einwohner verwenden, und die Beiträge zum

Arbeitgeberverband können wir auch sparen und im Interesse der Stadt besser verwenden, also treten wir aus dem Arbeitgeberverband wieder aus. Und so geschah es. Nur dadurch, daß wir unsere Tarife vom Reichsarbeitsministerium für allgemeinverbindlich erklären ließen, konnten wir den Herrn einigermaßen an der Stange halten.

Jetzt wieder mußten wir die Stadtgemeinde beim Gewerbegericht wegen Verstoß gegen § 84 des Betriebsrätegesetzes verklagen. Die Verhandlung dauerte vier geschlagene Stunden. Wir wurden mit unserer Klage abgewiesen. Die elende Buchstabenjurisprudenz siegte wieder einmal über den gesunden Menschenverstand. Siebzehn Arbeitern war gekündigt worden, weil sie Erfüllung der tariflichen Bestimmungen verlangten. Die übrigen ein halbes Jahr. Mit allen nur vorkommenden Arbeiten waren sie beschäftigt. Der als Zeuge vernommene städtische Straßenmeister bestätigte dies auch. Trotzdem der Bürgermeister behauptete, sie sind Notstandsarbeiter, denn mir sind im Haushaltsplan nur Mittel für 14 ständige Gemeindegewerkschafter bewilligt. Mit diesen kann ich alle notwendigen Arbeiten nicht bewältigen, also muß ich weitere Leute annehmen. Das sind natürlich keine Gemeindegewerkschafter, sondern Notstandsarbeiter! Mit was für Arbeiten diese Leute aber beschäftigt werden, das sieht der Bürgermeister nicht im geringsten an. Obendrein, jeder Bischofswerdaer Einwohner wisse, daß nach Paragraph 10 und 11 der Ortsverfassung die Einstellung von „ständigen Gemeindegewerkschaftern“ nur durch gemeinsamen Beschluß der städtischen Körperschaften erfolgen könne. Die Leute aber seien vom Straßenmeister angenommen worden, also wäre ihnen doch bekannt, daß sie gar nicht als Gemeindegewerkschafter in Frage kommen könnten! Vor soviel bürgermeisterlicher Weisheit verstummt natürlich unser gewöhnlicher Untertanenmund! Und der Herr Vorsitzende des Gewerbegerichts, ein richtiggehender Rechtsanwalt (Stammlichsfreund des Bürgermeisters, wie das so in einer kleinen Stadt nicht anders sein kann), sagt, jeder Bischofswerdaer wisse, daß die Stadt nicht dauernd 30 Arbeiter brauche, und wenn eben Arbeiter überflüssig wären, müßten sie entlassen werden. Die unbefristete Tatsache aber, die auch Stadtrat Schreier in der Verhandlung zugab, nämlich, daß für die klagenden Arbeiter mindestens noch ein Vierteljahr lang Arbeit vorhanden gewesen wäre, daß man ihnen aber habe kündigen müssen, weil sie den vollen Tariflohn verlangten, Ehefrauen- und Kinderbeihilfe und auch Bezahlung der Wochenfeiertage haben wollten, diese Tatsache schlen dem Herrn Vorsitzenden ganz nebensächlich zu sein. Er sagte, die Stadt habe Gelder der Allgemeinheit zu verwenden, der Bürgermeister, als Oberhaupt der Stadt, habe mit diesen Geldern ganz besonders sparsam zu wirtschaften, und er könne deshalb Leute nicht beschäftigen, für die er keine Mittel habe. Der Widerspruch damit, daß doch sofort Mittel vorhanden sind, wenn die Arbeiter auf die tariflichen Ansprüche verzichten, löst den Herrn Vorsitzenden nicht an. Wenn jetzt in der Zeit der allgemeinen Arbeitslosigkeit die Leute entlassen würden, so könne man darin eine unbillige Härte nicht erblicken. Im Gegenteil, sie wären eigentlich besser daran als die übrigen. Sie hätten ein volles Jahr ununterbrochen gearbeitet und „schönes“ Geld (ganze 57 Pf. die Stunde) verdient, während Hunderte von anderen monatelang arbeitslos seien! Das war die Meinung des Herrn Vorsitzenden.

Aber gelernt hat die Stadt aus dem Termin. Jeder Arbeiter, der jetzt beschäftigt wird oder der in Arbeit genommen werden soll, soll einen Zettel unterschreiben, nach welchem er durch Unterschrift bekennet, daß er keinen Anspruch auf den Gemeindegewerkschaftertarif hat, auch dann nicht, wenn er mit anderen als reinen Notstandsarbeiten beschäftigt wird. Soweit wir erfahren haben, haben es alle Arbeiter abgelehnt, einen derartigen Kitz zu unterschreiben.

Wenn ein Privatunternehmer versucht, ihm unbequem erscheinende tarifliche Bestimmungen zu umgehen, so ist das zur Not noch zu verstehen. Wenn aber eine Stadtverwaltung, die als Behörde die Einhaltung tariflicher Bestimmungen zu überwachen hat, versucht, tarifliche Bestimmungen zu umgehen und sich die Notlage der erwerbslosen Arbeiter zunutze macht, sie sofort wieder der Erwerbslosigkeit überantwortet, sobald sie Anspruch auf tarifliche Leistungen erheben, so ist ein solches Verhalten der Stadtverwaltung unwürdig. Pflicht der Gewerkschaft im allgemeinen, der Gemeindegewerkschafter im besonderen aber ist es, dafür zu sorgen, daß Männer in die Stadtverwaltung in ausreichender Zahl gewählt werden, die den Nachbänkeln der heute registrierenden Herren brechen. In Bischofswerda ist das ganz besonders notwendig. Hr.

## Bildungsarbeit

Unsere Sommerferienkarte.

Nicht kurze von je einer Woche Dauer finden im Laufe des Sommers statt. Von sechs können wir jetzt angeben, wann und wo sie abgehalten werden.

Vom 30. Mai bis 6. Juni in Chorn (Hotel Neue Klosterhöfchen) für Vertrauensleute der Wirtschaftsbezirke Brandenburg und Pommern.

Vom 11. bis 18. Juli Ferienheim Neumühle bei Roda in Thüringen für ehrenamtliche Filialleitungen der Wirtschaftsbezirke Sachsen, Thüringen, Mitteldeutschland.

Vom 25. Juli bis 1. August: Bielefeld (Metallarbeiterheim Käuf) für Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Westfalen.

Vom 1.—8. August in Chorn (Hotel Neue Klosterhöfchen) für Betriebsräte der Wirtschaftsbezirke Brandenburg und Pommern.

Vom 30. August bis 5. September: Emmershäuser Mühle im Lannus für Vertrauensleute der Wirtschaftsbezirke Rhein-Main und Rheinpfalz-Saarland.

Vom 5.—12. September in Udeloh für Vertrauensleute der Wirtschaftsbezirke Hannover—Nordwest (ohne Hamburg).

Teilnehmer zahlen 15 Mark für Unterkunft und Verpflegung. Außerdem noch die Fahrt. Anmeldung sofort an die Filialen unter Anzahlung von 3 Mk. Eintreffen am Kursort am Nachmittag des ersten Tages.

### Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter

Eine Dienstprämie für die bayerischen Staatsarbeiter. Würde das Sprichwort: „Was lange währt, wird endlich gut“ zutreffen, so müßten die Bestimmungen über Gewährung von Dienstprämien in Bayern geradezu hervorragend sein. Der erste dahingehende Antrag erging an das bayerische Staatsministerium am 28. September 1925. Inzwischen sollte es an Erinnerungen nicht und es wurde bald bekannt, daß man zwar die Dienstprämie gewähren will, daß sie aber nach anderen Bestimmungen wie die des Reiches gewährt werden soll. Vor allem wollte man einen niederen Betrag einsehen. Um wieviel dieser hinter den Sätzen des Reiches bleiben soll, wurde niemand bekannt. Man konnte nur erfahren, daß die Zahl der hierfür in Betracht kommenden Arbeiter festgesetzt und dann eine bestimmte Summe zur gleichmäßigen Verteilung unter die „Glücklichen“ bereitgestellt werden sollte. Aber auch diese Art der Regelung ließ auf sich warten und da die Arbeiter zur Lösung drängten und endlich ein positives Ergebnis sehen wollten, trat unser Verband an die sozialdemokratische Landtagsfraktion mit dem Ersuchen um die weitere Verfolgung unseres Antrages im bayerischen Landtag heran. Diese nahm sich der Sache an und erreichte, daß gegen den Willen des derzeitigen bayerischen Staatsministers Dr. Krause am 11. Januar 1926 im Haushaltsausschuß (siehe „Gewerkschaft“ Nr. 5 vom 29. Januar 1926) ein von ihr gestellter Antrag angenommen wurde, wonach den bayerischen Staatsarbeitern eine Dienstprämie nach den Bestimmungen des Reiches (nach 25 Dienstjahren 100 Mk.) gewährt wird. Erst jetzt kamen nach vielem Drängen unserer Organisation die Bestimmungen heraus. Sie lauten:

Bekanntmachung des Staatsministeriums der Finanzen vom 2. April 1926 Nr. 12502 II über die Gewährung von Dienstprämien an Lohnempfänger.

Im Einklang mit den übrigen Staatsministerien wird genehmigt, daß den unter die Tarifverträge vom 26. Juni 1925 für die Arbeiter der bayerischen Staatsverwaltung und vom 5. September 1925 für die Staatsbeamten fallenden Lohnempfänger nach 25jähriger ununterbrochener Dienstzeit Dienstprämien nach folgenden Grundsätzen gewährt werden:

1. Vollbeschäftigte Arbeiter, die ununterbrochen 25 Jahre oder mehr als Lohnempfänger in einem Arbeitsverhältnis zum bayerischen Staat gelangten und nicht bereits eine Vorprämie aus Anlaß der Vollendung von 25 oder mehr Dienstjahren erhalten haben, können eine einmalige Dienstprämie von 100 Mk. erhalten.

2. Nicht vollbeschäftigte Arbeiter erhalten die Prämie in voller Höhe, wenn sie wöchentlich durchschnittlich mindestens 36 Stunden tätig waren; bei kürzerer, aber mindestens 18-kündiger durchschnittlicher wöchentlicher Arbeitszeit beträgt die Dienstprämie 50 Mk.

3. Wechsel der Dienststelle im Betriebe der Staatsverwaltung gilt nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses. Als Unterbrechung sind ferner nicht anzusehen a) Zeiten der Erkrankung auf die Dauer des tagungsmäßigen Anspruchs auf Gewährung des Krankengeldes oder eines etwa eingeleiteten erweiterten Geldeverfahrens, b) Zeiten, in denen das Arbeitsverhältnis vorübergehend aus Gründen ruhte, die nicht in der Person des Arbeitnehmers lagen (z. B. Entlassung infolge Arbeitsmangels oder Arbeitsunmöglichkeit wegen Anstaus der Witterung usw.), c) die Zeit des Jahresurlaubs, des aktiven Militärdienstes, des Dienstes bei der Reichswehr und bei der Landespolizei wie die Zeit des Kriegsdienstes und der Kriegsgefangenschaft. — Ueber das Vorliegen der Voraussetzungen für die Gewährung der Dienstprämie entscheidet im Zweifelsfalle das zuständige

Staatsministerium im Benehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen unter Ausschluß des Rechtsweges. Im übrigen obliegt die Festsetzung und Auszahlung der Dienstprämie den für die Festsetzung und Auszahlung der Löhne zuständigen Stellen; die Zahlungen sind auf den Haushaltstitel zu verrechnen, aus dem die Löhne bestritten werden.

4. Bei Berechnung der 25jährigen Dienstzeit sind die seit Eintritt in das Arbeitsverhältnis zum bayerischen Staate oder die seit der Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses nach der letzten vom Arbeitnehmer zu tretenden Unterbrechung obgelaufenen Jahre einschließlich der Zeit des Kriegsdienstes und der Kriegsgefangenschaft zugrunde zu legen. a) Bei den unter den Tarifvertrag vom 25. Juni 1925 fallenden Arbeitnehmern bleiben hierbei Unterbrechungen nach Ziff. 3 Buchst. a und b unberücksichtigt, soweit sie zwei Monate im Jahre nicht übersteigen. Bei größeren Unterbrechungen der in Ziff. 3 Buchst. a und b bezeichneten Art verlängert sich die für die Gewährung der Dienstprämie maßgebende Dienstzeit um den Unterschiedsbetrag. — b) Bei den unter den Tarifvertrag vom 5. September 1925 fallenden Staatsbauarbeitern sind nur jene Jahre voll anrechnungsfähig, in denen die Ableistung von mindestens 250 Tagelöhnen nachgewiesen ist. Betrag die Arbeitsleistung eines unter diesen Tarifvertrag fallenden Arbeitnehmers in einem oder mehreren Jahren weniger als 250 Tagelöhnen, so ist die Gewährung der Dienstprämie vom Nachweis des Bestehens eines mindestens 25jährigen ununterbrochenen Arbeitsverhältnisses und der Zurücklegung von mindestens 6250 Tagelöhnen abhängig. Soweit Aufzeichnungen der Kemter über die in früheren Jahren abgeleisteten Tagelöhnen nicht vorhanden sein sollten, kann der Durchschnitt der letzten 5—10 Jahre zugrundegelegt werden. — c) Die Zeit des aktiven Militärdienstes sowie die Zeit des nicht im Arbeitsverhältnis zurückgelegten Dienstes bei der Reichswehr und bei der Landespolizei ist nicht anrechnungsfähig. — d) Die Dienstzeit bei Reichsverwaltungen oder Reichsämtern, die auf Grund Übereinstimmens zwischen Bayern und Reich auf das Land übergegangen sind, steht der im Dienste der bayerischen Staatsverwaltung zurückgelegten Zeit gleich. Die Entscheidung, ob und inwieweit darüber hinaus die bei sonstigen Reichsverwaltungen und Reichsdienststellen zurückgelegte Zeit anzurechnet werden kann, bleibt dem zuständigen Staatsministerium vorbehalten.

5. Arbeitern, die nach Ableistung einer 25jährigen oder längeren Dienstzeit bereits entlassen sind und bei Anwendung vorstehender Grundregeln bereits vor der Entlassung eine Dienstprämie hätten erhalten können, kann eine Dienstprämie auf Antrag gewährt werden, wenn die Entlassung nach dem 1. Oktober 1923 erfolgt ist. Die Gewährung der Dienstprämie bedarf in solchen Fällen der Zustimmung des zuständigen Staatsministeriums, dem über die Gründe der Bewerdigung des Arbeitsverhältnisses auf dem Dienstwege zu berichten ist.

6. Auf Arbeitnehmer, die nach den Bestimmungen für Angestellte bei der bayerischen Staatsverwaltung oder nach den Bestimmungen für das staatliche Auswärtigen Personal entlassen werden, findet diese Bekanntmachung keine Anwendung. Ob und inwieweit Arbeitnehmern, die nach anderen als den eingangs genannten Tarifverträgen entlassen werden, Dienstprämien gewährt werden können, bleibt der Entscheidung des zuständigen Staatsministeriums im Benehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen vorbehalten.

**7. Die Dienstprämien sind steuerfrei.**

(Zum Beispiel: Ein Arbeiter hat 25 Jahre im Staatsdienste zurückgelegt, war aber wegen Arbeitsmangels in den Jahren 1919 und 1920 je 3 Monate, in den Jahren 1921—1924 je 8 Monate, und in den übrigen Jahren jeweils 1—2 Monate ausgefällt. Er erhält die Dienstprämie, wenn er die in den Jahren 1919—1924 an der Mindestbeschäftigungszeit von 10 Monaten noch fehlenden  $4 + 4 + 4 \times 1 - 12$  Monate nach Zurücklegung der 25 Jahre abgeleistet hat.)

Neue Löhne für die sächsischen Staatsarbeiter. Die Löhne der sächsischen Staatsarbeiter (Verwaltungsarbeiter) wurden letztmalig am 1. Juli 1925 geregelt. Für den 31. Dezember 1925 hatten wir diese Löhne aufgefunden. Verhandlungen wegen Abschluß einer neuen Lohnstaffel Anfang Januar d. J. waren ergebnislos. Das Personalamt als verhandlungsführende Stelle erklärte, keinerlei Vorschläge machen zu können. Wir beantragten, die Entscheidung des Gesamtministeriums herbeizuführen. Später wurde uns in Aussicht gestellt, daß wir die gleiche Lohnerhöhung erhalten sollten, die den Eisenbahnern durch den bekannten Schiedspruch vom Dezember 1925 zugesprochen worden war. Die Lohnbewegung der Eisenbahner aber hat bekanntlich bisher zu einem Abschluß überhaupt noch nicht geführt. Wir erluchten deshalb in einem Schreiben die sozialdemokratische Landtagsfraktion, einzugreifen, um den festgesetzten Verhandlungsstarren wieder stört zu machen. In den letzten Tagen des Monats März fanden im Personalamt wieder erneute Verhandlungen statt. Das Personalamt bot uns zunächst an, den Männern 2 Pf., den Arbeiterinnen und Jugendlichen aber gar nichts zu geben, die 2 Pf. für die Männer aber auch nur dann, wenn wir uns bis zum 31. März 1927, also ein ganzes Jahr, fest binden würden. Das haben wir als ganz unmöglich rundweg abgelehnt, im übrigen das Angebot als unzureichend bezeichnet. In den Verhandlungen am 13. April gelang es endlich nach stundenlangem Verhandeln, zum Abschluß einer Vereinbarung zu kommen. Danach erhalten alle männlichen Arbeiter in allen Ortsklassen gleichmäßig zwei Pfennige mit Wirkung ab 1. April d. J. Die Arbeiterinnen erhalten in Ortsklasse A ebenfalls 2 Pf., in den übrigen Ortsklassen nur 1 Pf. Die Jugendlichen über 18 Jahre erhalten ebenfalls 1 Pf. Diese neue Lohn-

vereinbarung hat Gültigkeit bis zum 30. September. Es gelang also, die ursprünglich auf ein ganzes Jahr vorgeschlagene Geltungsdauer auf ein halbes Jahr herabzusetzen.

Gewiß, wegen einer Lohnzulage von ein und zwei Pfennigen brauchte man eigentlich nicht zu reden, und in früheren Zeiten würden wir darüber auch kein Wort geschrieben haben. Wenn es jetzt geschieht, so deshalb, weil es möglich war, in einer Zeit eine direkte Lohnerhöhung zu erhalten, in der nirgends nicht nur keine Lohnerhöhungen gewährt werden, sondern die Gewerkschaften oftmals alle Hände voll zu tun haben, um einen angetündigten Lohnabbau abzuwehren. Es ist ferner richtig, daß auch mit der jetzt erreichten Lohnerhöhung die Löhne der sächsischen Staatsarbeiter keineswegs zu hoch sind. Es ist aber ebenso richtig, daß nunmehr die Löhne der sächsischen Staatsarbeiter um 10 bis 12 Pf. für die Stunde über die Löhne der übrigen Reichsarbeiter und auch der Eisenbahner hinausgehen. Durch diese Lohnerhöhung ist ferner nicht nur unser seit Jahren verfolgtes Ziel, Gleichstellung mit den Löhnen der sächsischen Gemeindearbeiter, erreicht worden, sondern jetzt geben die Löhne der sächsischen Staatsarbeiter (Verwaltungsarbeiter) zum Teil über die Löhne der sächsischen Gemeindearbeiter hinaus, weshalb wir in den Ortsklassen B, C, D für die Arbeiterinnen auch nur einen Pfennig Erhöhung erreichen konnten. Wir haben durchaus keine Veranlassung, uns zum freiwilligen Anwalt der sächsischen Staatsregierung aufzumachen. Im Gegenteil, wir haben gar manches an ihr auszusetzen, aber das eine muß doch gesagt werden, Sachen und seine Regierung ist bei der Reichsregierung durchaus nicht gut angezogen, und wir wissen, daß mehr als einmal die Reichsregierung der sächsischen Regierung Zwangsmaßnahmen wegen ihrer von der im Reiche betriebenen Lohnpolitik abweichenden Haltung angedroht hat. Wenn deshalb unsere sächsischen Staatsarbeiter mit dem Ergebnis der jetzigen Lohnbewegung nicht restlos zufrieden sein sollten, so können wir dies ihnen nachfühlen, aber sie müssen auch die zwangsläufigen Verhältnisse berücksichtigen, die uns entgegenstehen.

Neufuß a. d. O. In der Versammlung der Wasserstraßenarbeiter am 22. April hielt Kollege Renisch in Breslau einen Vortrag über das Thema: „Warum müssen die Wasserstraßenarbeiter freigewerkschaftlich organisiert sein?“ Er trat den Beweis dafür an, daß unser Verband durch seine Tätigkeit bisher das Menschenmögliche im Interesse der in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Kollegen geleistet hat. Diejenigen Kollegen, welche bereits längere Zeit Mitglieder unserer Organisation sind, wissen die Erfolge auch zu schätzen. In der Aussprache brachte Kollege Weinert dieses besonders zum Ausdruck. Er führte den Kollegen vor Augen, daß ohne Mitarbeit im Verbande keine Möglichkeit besteht, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. „Bereingt sind wir nichts, geeinigt alles.“ Besonders konnte festgestellt werden, daß die christliche Organisation unter den Wasserbauarbeitern nicht mehr viel Anhänger aufweisen kann. Denn Bessprechungen müssen eingelöst werden. So z. B. wurde den christlich organisierten Wasserstraßenarbeitern im Herbst vorigen Jahres gesagt, daß ihnen in der Zeit ihrer Arbeitslosigkeit ein Betrag von 100 Mk. ausgezahlt werden sollte. Auf dieses Geld warten sie aber heute noch. Die bei uns organisierten Kollegen konnten dagegen mit Stolz sagen, daß auch während der Zeit, wo die Arbeit ruhte, der Verband in anerkannter Weise geholfen hat. Früher der statutarisch festgesetzten Arbeitslosenunterstützung konnte den arbeitslosen Kollegen eine besondere Erwerbslosenunterstützung zum Weihnachtsfest ausgezahlt werden. Der Anfangserfolg dieser Versammlung war vielversprechend. Der Versammlungsleiter, Kollege Josef Wibe, versprach daher dem Wunsch der Kollegen nachzutommen, im Monat Mai eine zweite Versammlung gleich nach Arbeitschluß einzuberufen. Die anwesenden Kollegen sollen sich bemühen, diejenigen Mitarbeiter, welche unserer Organisation fernstehen, ihr zuzuführen.

**• | Candidatenaewärter | •**

Bandmter Magdeburg und Wanzleben. Eine gut besuchte Versammlung der Straßenwärtertage am 21. April in Wanzleben. Eingehend wurde die Beschaffung von Bekleidungsstücken für die Wärtter behandelt. Das einleitende Referat hierzu hielt Kollege Bachendorf. Die Versammlung beschloß einstimmig, dem Kreisauschuß eine entsprechende Eingabe durch die Gauleitung zu unterbreiten. Dann wurden die ungenügenden Sätze der Arbeitslosenunterstützung besprochen, zu welchen auf der Landeskonferenz der Straßenwärtter endgültig Stellung genommen werden soll. Als Delegierte zu dieser Konferenz wurden die Kollegen Hermer vom Landesbauamt und Bammel vom Kreisbauamt gewählt. Die Abrechnung vom 1. Quartal wurde genehmigt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Zur Kaiserzeit wird der Betriebsrat beantragt, für alle Wärtter Urlaub zu beantragen. Gelegentlich der nächsten Versammlung, welche in Magdeburg stattfinden soll, ist eine Besichtigung der Magdeburger Museen geplant.

Güsten. In der Vierteljahrsversammlung am 10. April wurden der alte Betriebsrat und der alte Füllalloorstand einstimmig wieder-

gewählt. Kollege Wachtendorf gab dann die Abrechnung der Filiale bekannt und berichtete über die Konferenzen in Röhren und Magdeburg und forderte auf, den 1. Mai als Urlaubs- und Versammlungstag zu feiern.

### Aus unserer Bewegung

**Berlin.** Die riesige Maidemonstration der Gemeinde- und Staatsarbeiter im vorigen Jahre ist in diesem Jahre noch gewaltig übertroffen worden. In ungewöhnlich großen Zügen kamen die Kollegen beiderlei Geschlechts bis aus den entlegensten Vororten wie Tegel und Wittenau mit eigenen Musikkapellen, Bannern und Fahnen nach dem gemeinsamen Versammlungsort Brauerei in der Nähe des Tempelhofer Feldes. Dicht gedrängt, Kopf an Kopf, füllten sie hier den großen Garten. Da war auch kein Plätzen mehr frei. Hunderte fanden keinen Einlaß mehr und mußten auf der Straße bleiben. 20 000 Teilnehmer mag diese Riesenseier wohl gezählt haben. Eingeleitet wurde sie von musikalischen Darbietungen der glänzend konzertierenden Kapelle der Reutköllner Gasarbeiter. Ihr folgte ein gewaltiger Chor des Arbeiter-Sängerbundes. Dann hielt Genosse Emil Barth eine kurze, vortreffliche Rede, in der er insbesondere für den Völkerverfrieden und die Fürstenernteigung eintrat. Nach weiteren musikalischen und Singsvorträgen und einer Schlußansprache des Kollegen Polenske löste sich die Rieserversammlung unter den Klängen der Internationale auf. Auf der Straße formierten sich die Arbeiterbataillone von neuem und zogen nach ihren Ausgangspunkten zurück. Auch die übrigen Gewerkschaften hatten gleich starke Beteiligung. Die Demonstration der Gemeinde- und Staatsarbeiter aber war schon allein so wichtig, daß sie einen ungeheuren Eindruck bei der Bevölkerung hervorrief.

**Ostpreußen.** Im Anschluß an die Konferenz der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerksarbeiter fanden in Ostpreußen mehrere Versammlungen statt. In Königsberg, Danzig und Marienburg referierte Kollege Adam Ruppert in gut besuchten Funktionärversammlungen über: „Ausbau unserer Organisation.“ Außerdem wurden Vollversammlungen abgehalten in Tilsit, Insterburg, Gumbinnen, Wögen, Ina, Osterode, Königsberg, Elbing und Danzig, in welchen Kollege Dr. Lopp referierte über: „Welche Lehren zieht die Arbeiterschaft aus dem Zusammenschluß der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke.“ Die Versammlungen waren durchweg gut besucht. Teilweise waren 80 bis 90 Proz. der gesamten Mitgliedschaft vertreten. Weniger gut besucht war die Versammlung in Königsberg. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Konferenz einige Tage vorher stattgefunden hatte und die Kollegen in den Betrieben schon entsprechend berichtet hatten. In der Diskussion kam überall der Unwille über die unzureichend niedrigen Löhne zum Ausdruck. Betragen doch die Löhne in den einzelnen Bezirken, abgestuft nach Lohnklassen, für die Handwerker 58 Pf. bis herab zu 54,5 Pf. pro Stunde. Die Löhne der ungelernten Arbeiter sind je nach den Lohnklassen 30 bis 45 Pf. pro Stunde. Dabei ist die Lebenshaltung in Ostpreußen nicht wesentlich billiger als in allen anderen Teilen des Reichs. Die Kollegen gaben allgemein die Erklärung ab, nichts unversucht zu lassen, um den weiteren Ausbau der Organisation durchzuführen, in klarer Erkenntnis, daß nur eine geschlossene Organisation in der Lage ist, hier eine Aenderung eintreten zu lassen.

**Konferenz des Wirtschaftsbezirks Ostpreußen im 16. April in Königsberg.** Es waren 40 Filialen mit 69 Delegierten vertreten. Den Bericht über das verfllossene Jahr erstattete Kollege Neudorf. Dann sprach Kollege Ruppert vom Verbandsvorstand über die innere Organisation unseres Verbandes. Redner wies auf die großen Umwandlungen auf dem Gebiet der Wirtschaft hin, die wir als Arbeitnehmer aufmerksam zu verfolgen und uns dementsprechend einzustellen haben. Hierzu ist eine gute Schulung sämtlicher Kollegen, insbesondere Funktionäre, unbedingt erforderlich. Es geht auch unsere Organisation dazu über, in größerem Rahmen als bisher Bildungsturse in den einzelnen Wirtschaftsbezirken zu veranstalten. — Ein Antrag, auch für andere Berufsgruppen als die G. W. Arbeiter Berufs-konferenzen abzuhalten, wurde angenommen. Der Antrag der Filiale Danzig, die nächste Gaukonferenz in Danzig stattfinden zu lassen, wurde dem Gauvorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

**Koblenz.** Die diesjährigen Betriebsrats- (Arbeiterrats-) Wahlen in den städtischen Betrieben führten zu einem vollständigen Siege unserer Liste. Wenn im verflossenen Jahre die Christen noch 4 Sitze innehaben, mußten sie sich dieses Jahr mit einem Sitz im Tiefbauamt begnügen. Im übrigen verteilen sich alle unsere Arbeiterräte auf die einzelnen Betriebe folgendermaßen: Gaswerk 6, Fuhrpark 5, Hochbauamt 5, Tiefbauamt 3, Straßenreinigung 5, Schlachthof 3, Anlagen 3, Friedhof 1, Wert 1.

**Plauen.** In der Mitgliederversammlung vom 16. April gab Kollege Münter einen Bericht der Amerikadelegation. Dann gab Kollege Leopold den Kassenbericht vom 1. Quartal. Einnahme und Ausgabe balanzieren mit 3037,64 M. Die der Hauptkasse mit 3086,03 M. Unter „Gewerkschaftliches“ wurde der Bericht der letzten Generalversammlung des Ortsausschusses vom Kollegen Kober gegeben.

### Aus den deutschen Gewerkschaften

**Ein Achtzigjähriger.** Am 28. April 1926 feierte der Alterspräsident des Deutschen Reichstages, Genosse Wilhelm Bock, seinen achtzigsten Geburtstag. Wilhelm Bocks Lebenslauf zu schildern, hieße die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seit dem Jahre 1869 schreiben. Denn er ist seit jener Zeit mit der Gewerkschaftsbewegung und mit der Sozialdemokratischen Partei in einer Weise verwichen, wie kaum einer, der an führender Stelle in der deutschen Arbeiterbewegung gestanden hat. In seinen jungen Jahren durchreiste Bock als Schuhmachergeselle Norddeutschland. Im Jahre 1869 kam er nach Thüringen und siedelte sich in Gotha an. 1869, das war das Jahr, als in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei unter der Führung von Bebel und Liebknecht gegründet wurde. Wilhelm Bock war einer der ersten, der sich dieser jungen Partei anschloß. Wie glänzend seine Befähigung zum Arbeiterführer schon damals war, beweist der Umstand, daß er bereits im Jahre 1873 zum Präsidenten der Schuhmachergewerkschaft gewählt wurde. Gleichzeitig wurde er Redakteur des Fachblattes dieses Verbandes. Die sozialdemokratische Bewegung der damaligen Zeit war zerfallen. Die Eisenacher und Vassalleaner bekämpften sich gegenseitig in der heftigsten Weise, wie es vor ein paar Jahren zwischen SPD. und USPD. auch der Fall war. Ebenso gab es zwei Gewerkschaftsrichtungen, wovon die eine von den Vassalleanern, die andere von den Eisenachern beeinflusst wurde. Das ungewollte Verdienst der immer mehr erstarkenden Reaktion unter Führung des allgewaltigen Bismarcks und des Staatsanwalts Tessenlofer ist es, wenn im Jahre 1875 die beiden feindlichen Heerlager sich zu einem Ganzen vereinigen. An dieser Vereinigung hat hervorragend mitgewirkt Wilhelm Bock, der schon auf der Vorkonferenz zu dem Vereinigungskongress in Gotha im Februar 1875 Delegierter der Eisenacher Richtung war. Drei Jahre nach diesem Vereinigungskongress traf die deutsche Arbeiterbewegung der härteste Schlag, den sie je erlebt hat. Das Hagelwetter des Sozialistengesetzes brach über sie herein und vernichtete mit Ausnahme des Buchdrucker- und des Hutarbeiterverbandes alle sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Zu den Leuten, die den Mut nicht verloren, und die in dieser außerordentlich schweren Zeit an vorderster Stelle im Kampfe gegen Bismarck und sein Schandgesetz standen, gehört Wilhelm Bock. Schon im Jahre 1882 ging er daran, die Schuhmacher wieder zu einer Organisation zu vereinigen. Er gab ihnen in dem „Weder“ ein neues Organ, dem Vorläufer des heutigen „Schuhmacher“. Nicht weniger als 45 Jahre lang ist Bock, der heute noch mit an der Spitze des Schuhmacherverbandes steht, Redakteur des Organs der Schuhmacher gewesen. 1881 zog er als Abgeordneter in den Reichstag ein, dem er mit einer kurzen Unterbrechung seit jener Zeit angehört. Bis vor wenigen Jahren gehörte er zu den Rednern, welche die Fraktion am meisten vorkickte. Bocks hervorragende Führerpersönlichkeit verschaffte ihm auch einen Sitz in der Kontrollkommission der Sozialdemokratischen Partei, der er viele Jahre angehörte. Als während des Krieges die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei eintrat, schloß sich Bock zum linken Flügel, zu der USPD., und so hat er in seinem Alter die Wirren der Arbeiterbewegung noch einmal durchlebt wie in seinen jungen Jahren. Als dann 1922 die Zeit zur Wiedervereinigung gekommen war, gehörte Bock zu den ersten, die daran mitwirkten. Es war ein erhebendes Moment, als auf dem Einigungskongress zu Nürnberg die Senioren der Arbeiterbewegung, der damals einundachtzigjährige Pfannkuch von der SPD. und der sechsundfünfzigjährige Wilhelm Bock von der USPD., sich die Hände zur Veröhnung und zur Wiedervereinigung im Namen ihrer Parteien reichten. Wir begrüßen den Alten zu seinem achtzigsten Geburtstag und wünschen ihm, daß er noch viele Jahre in seiner geistigen und körperlichen Frische, der er sich heute noch erfreut, der Arbeiterbewegung erhalten bleibt.

### Verbandsteil

#### Arbeiterakademie Frankfurt a. M.

Am 1. Oktober 1926 beginnt in Frankfurt a. M. ein neuer Lehrgang der Arbeiterakademie. Die Bedingungen für die Teilnehmer sind vom ADGB. aufgestellt und zwar sollen an Aufwandsentschädigung pro Monat 175 M. gezahlt werden, dazu Reisekosten und ein Büchertipendium von 75 M. Nach Möglichkeit sollen Ledige daran teilnehmen. Soweit aber Verheiratete in Frage kommen, werden eine Familienunterstützung für die Frau im Monat von 85 M., Wohnungsmiete 30 M., für das erste Kind 30 M., für jedes weitere Kind 20 M., bis zum Höchstbetrage von insgesamt 185 M. gezahlt. Bewerbungen sind bis zum 15. Juli 1926 an den Verbandsvorstand zu Händen des Kollegen Dittmer zu richten.

**Eingegangene Schriften und Bücher**

Richard Wolff: „Die Arbeitswelt des Technik“. Göttinger Band der vom Bucherzweis herausgegebenen Werke.

Die Arbeiten von Wolff haben immer die besondere Note gehabt, daß aus der Welt der Industrie dem Leser Einblicke vermittelt wurden, die für den Arbeiter höher verschaffen gelassen sind. Diesen Vorgang hat auch das vorliegende Buch. Wolff schildert uns Wesen und Werden des modernen Technik, und doch unterföhelt sich seine Untersuchung von den Arbeiten anderer technischer Fachschriftsteller. Das Buch kann von jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin gelesen werden, weil es keine technischen Spezialkenntnisse voraussetzt, denn es werden keine technisch-ökonomischen Einzelheiten aufgeführt, sondern die großen Zusammenhänge herausgearbeitet. Der erste Teil ist eine historische Darstellung. Die Technik wird verfolgt von ihren primitiven Anfängen über die empirische Periode hin zu den rationalem Ausdrucksformen in technischen Schöpfungen unserer Tage. Als Beispiel steht Wolff in der heutigen Technik nur einen Niederbühler kapitalistischen Beispiel. Es gelangt nun eine Analyse kapitalistischer Wirtschaft. Wir kommen zum Verständnis der Zusammenhänge, der Arbeitsverhältnisse und der Organisations kapitalistischer Arbeitsformen. Ein besonders wertvolles Kapitel ist der Abschnitt über die Kämpfe der „Mittelständler“ gegen den technischen Fortschritt. Wolff zeigt uns, weshalb die kapitalistische Einzelheit bestmöglich sein mußte. Wir durchwandern industrielle Arbeitsstätten im Hohlraum, am Ozean, wir lernen, weil der Blick nur auf die wesentlichen Merkmale gerichtet ist, technisches Schauen. Die Maschine bekommt für uns Leben und kapitalistisches Sinn. Im Mittelpunkt aller Dinge aber steht der Mensch, der Arbeiter. Der Mensch unterliegt der Naturkräfte durch die Technik und wird dann von der Technik selbst unterworfen. Zeit und Raum werden überdauert; der Kapitalismus kann sich nach seinem Willen das Verleihen; er beherrscht die Erde, das Leben der Menschen wird selber ein Contingenz, immer ein Inhalt, stärker in seinen Gegensätzen, schwerer an der und Milderheiten. Ganz aber ist es, um mit dem Verfasser zu sprechen, über die Technik zu philosophieren. Die Technik ist weder Blind und Gegen, sondern entscheidend ist, was der Mensch selbst aus der Technik macht. Die Technik ist Blind geboren. Die technische Entwicklung bestimmt ihr Ziel durch die wirtschaftlichen Verhältnisse der jeweiligen Zeit, durch die Möglichkeit der Gesellschaftsverfassung, durch die Organisation, die sich die Menschen in ihrer Gesellschaft selbst geben. Mit dem Wachstum, das nur in einer kapitalistischen Gesellschaft die Technik den Menschen Glück und Gegen bringen wird, schließt Wolff sein interessantes Buch, dessen Kern-Darstellung wirksam unterföhlt wird durch nette Zeichnungen, die „Arbeiter“ Kämpferband verhältnismäßig entworfen hat. Nebenbei ist die Ausstattung des Buches in Einband, Druck und Papier prachtvoll. Der Verleger hat die Reihe seiner Veröffentlichungen durch ein solches Buch ergänzt, so daß die Möglichkeit im Bucherzweis bringend ausbleiben werden kann. Wegen Kaufmann und Verleger wenden man sich an unsere Abteilung „Bücher und Schriften“, Berlin SO 10, Schöneberg Str. 42.

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaft. Herausgeber: Theodor Kasperl. III. Jahrgang, Heft 4. 1923. Verlagsverlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 1 RM.

Die Wirtschaftskrise, die mit dem Ausbruch des letzten Jahres die deutsche Wirtschaft überfiel, hat eine Massenarbeitslosigkeit im Gefolge gehabt, die zwar nicht die Höhen der letzten Monate des Jahres 1922 erreichte, aber doch eine katastrophale Ausdehnung genommen hat. In der Arbeit sind in den letzten Monaten wiederholt die hier schon erörterten wirtschaftlichen und sozialen Probleme eingehend gewürdigt worden. In dem vorliegenden Heft übernimmt es Dr. Ernst Braun, die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den verschiedenen Industriezweigen während des Winters 1922 bis 1923 eingehend darzustellen. Es ist nur mit einer allmählichen Besserung zu rechnen. Seiten großer Arbeitslosigkeit bedeuten nicht eine Gefährdung des gesellschaftlichen Einflusses. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist daher eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften. Dabei spielt die Regelung der Arbeitsbedingungen, unter denen die öffentliche Arbeitslosenunterstützung in Anspruch genommen werden kann, eine bedeutende Rolle. Darf z. B. die öffentliche Unterstützung der Arbeitslosen in allen den Fällen der Arbeitslosigkeit verlangt werden, deren unmittelbare oder mittelbare Ursache ein Arbeitsmangel ist? Diese bedeutsame Frage wird von Dr. Ernst Braun in einem Aufsatz „Arbeitslosigkeit und Arbeitsmangel“ in ihrer grundsätzlichen Bedeutung für das Arbeitslosenunterstützen und die Arbeitslosenversicherung erörtert. Robert Michels bringt seine Ausführungen über „Arbeiter und Arbeiter“ zu einem eine Reihe von Material bearbeitet ist, zum Schluß. Zwei weitere Aufsätze beschäftigen sich mit der Sozialgeschichte des Wandels. Aus der Feder eines italienischen Verfassers, der — ein Heiden für die Freiheit der Meinung im sozialistischen Italien — seinen Namen verschleiern muß, kommt eine anschauliche Darstellung des gewerkschaftsrechtlichen sozialistischen Gesetzes über den „Arbeiter“. Dr. Paul Oberst gibt einen Überblick über „Die russische Sozialgeschichte“ auf Grund des Arbeitsgesetzbuches vom November 1922 und der späteren Dekrete und Bestimmungen aus den letzten Jahren. Was der Wandels der „Arbeit“ ist diesmal besonders auf die weltwirtschaftliche Heberföhlt von Dr. Franz Wetzstein, die auch als Beitrag zur Analyse der Wirtschaftskrise gewertet werden muß.

Wie reißt man in der Schwere? Ein Wanderbuch zum Auf- und Abwachen. Von Prof. Dr. Kurt Linzel. Mit Berücksichtigung der Städte Freiburg, Basel, Zürich, Genf, Bern, Heidelberg, Frankfurt a. M., nebst Sommerfrischen und zwei Vortouren durch Schwarz- und Schwäbische Alb. 1923. Neunte Auflage. Mit sechs Stadtplänen und sieben Karten. Verlag Friedrich Bohn in Schwelm in Westfalen. Preis in Ganzleinenband 5,80 RM.

Die Reize sind da, und wieder ist es „der Kleine Ringel“, der ge- schickt, genügt und billig wie noch dazu der gesund- und verhältniß- mäßige Kaugummi seiner Freunde wird. Einer Freunde? So gewiß, nicht weniger als 90 000 Bände von Prof. Linzels Reizebüchern sind an je- gezeiten, und hierof Oberbühler sind schon mit ihrem bewährten Rat zu aller Bergesfertigkeit aufgezogen! Das ist die „Kleine- Gemeinle“, die sich alljährlich um viele Tausende vermehrt. Dieser treue, zuverlässige und herzerfrischende Reizegenosse für die Schwere führt jetzt auch planvoll und seinen Einsatz durch die Schwäbische Alb, er sieht also mit dem offenen Auge des Natur- und Bergesfreunde, nun wendet schon gewissermaßen behelm beim Abwachen, je mehr es ist, und man kann sich, befrachten. Gleichmäßig wie die „Kleine Ringel“ sind Linzels Bücher für Oberbühler und Tiro (11. Auflage 5,80 RM.), Italien (6. Auf- lage 5,80 RM.) und 147 Sommerfrischen und Strandpartien in Ober- bühler und Tiro (11. Auflage 2,80 RM.) neu bearbeitet, und jetzt ganz neu ein treffliches Buch für Norwegen, Schweden, Finnland (7 RM.). Ja, das sind Wander- und Reizebücher, wie wir sie brauchen.

Der Selberbeschauer von Edyde Johann Georg Scherzer, che- mologer Schaffener, wachte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts viele hochgeachtete Personen mit seinen Selberbeschreibungen, die alle auf größter Leistung beruhten, ja selbst. Er war in dem Hof nach- sehenden Kreisen ein gern gesehener Gast, zumal da er sich hochtrabende Titel zu verschaffen vermocht hatte. Schließlich gab er sich, durch sein vorzeitiges Leben erschöpft, auf eigenartige Weise selbst den Tod. Von ihm erzählt jedoch Wilmh. v. Lippold in der Monatschrift „Seiten aus Siller, Das Weltwunder der Jobermann“ (11. Jahrgang, Die 1. Co., Verlag, Stuttgart). Wer sich für Geschichte, Geographie, Ökonomie, Wirtschaft und überhaupt alles Bemerkenswerte, Seltene und Schöne in aller Welt interessiert, dem bietet die gewandte Art und Weise der Darstellung diese Monatschrift. Durch wichtige illustrierte Texte werden im Jahr gegen einen unerschöpflichen Betrag von nur 1,20 RM. geliefert. Das uns vorliegende reich illustrierte Heft enthält noch folgende Aufsätze: Im Lande der Wunderwelt (Holländer), Ruinen von Palästen; Der Charakter von Mailon-Rouge; Der schließende Kubbe etc.

**Salamander Fußarzt**  
für empfindliche Füße  
Der Schuh für Eisenbahner  
Gepäckträger und Arbeiter

**Salamander**

**Farmer-Zigarette!**  
 Statt 10 nur 6 Pfl.  
 10 cm groß, 100 St. Mk. 6.—, 500 St. nur Mk. 29.—  
 frei Haus gegen Nachn. Preisliste unsonst.  
 Gebr. Weckmann, Zigarr.-Fabriken, Hanau 12.

Kerzefeste Menschen  
 woll Kraft und Schmalz  
 gibt Dr. Hübeners Lebensjag  
 Schokolade l.— Mk. in Spottchen u. Drogenorten

**Verblüffend billig** ist die Teilnahme am Rundfunk  
**Für 10.— Mark monatliche Miete**  
 Eine komplett angelegte Radiostation inkl. Sahahörer  
 einschl. Antenne u. Kosten! Überwachung. — Nach 6 Monaten Ihr Eigentum.  
**Sprechmaschinen mit Mische inkl. Platten und Madcin**  
 zu ganz besonders vorteilhaften bequemen Bedingungen  
**12 Schallplatten in elegantem Album.**  
 Erste Markenplatten nach Wahl. Ladenpreis 1.75 p. Platte  
**6 Monatsraten à Mark 3.00**

Unverbindliche Vorführung: W. Untändstr. 27 (Laden). S. 42, Ritterstr. 11 (Hörsaal)  
 Geöffnet täglich von 8—7. — Verlangen Sie kostenlosen Vertreterbesuch  
**Deutsche Funktelefon - Vermietungs - Gesellschaft m. b. H.,**  
 Berlin S. 42, Ritterstr. 11. — Moritzplatz 2989, 2990, 2991, 2992, 2992.

Spottbillig, weil Riesen-Umsatz  
**MÖBEL-Wichert**  
 Elsassr Strasse 20

**STOFFE** für Herren- und Damen-Bekleidung  
 beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise.  
**KOCH & SEBLAND**  
 Gegründet 1893 Gertraudenstraße 20-21 Gegründet 1893

**MONATLICHE TEILZAHLUNG!**  
**Elegante Herrenkleidung**  
 fertig und nach Maß zu soliden Preisen.  
 Garantie für guten Sitz und gute Verarbeitung.  
 Ledermantel, Gummimantel in großer Auswahl.  
 Spezial-Abteilung: Anfertigung eleganter Damensachen nach Maß.  
**Julius Fabian** Maßschneiderei  
 Gr. Frankfurter Str. 37, nur 2. Stock  
 Mitglieder 5% Rabatt

**„Wie die Saat, so die Ernte“**

Mein reich ausgestattetes, mit vielen Abbildungen versehenes Hauptpreisbuch über alle Sorten  
**Blumen- u. Grünsamen, Gartengeräte, Düngemittel, Pflanzen, Sträucher, Gartentücher**  
 usw. ist erschienen u. wird auf Anforderung kostenfrei zugesandt. Alles was der Kleingärtner und Gartenbesitzer zur Schmückung und Ausnutzung seines Gartens braucht, findet er in diesem angebotenen. Der Wert der meine Firma bürgt für nur aussergewöhnliche Ware.  
**Blumen- und Samen-Samensendungen über 10.— Mark postfrei**  
**J. C. Schmidt „Blumenschmied“**, Erfurt A 79 Gegründet 1879  
 Achten Sie stets auf meine genaue Anschrift: J. C. Schmidt Blumenschmied, Erfurt, wenn Sie von meiner weltbekannten Firma beliefert sein wollen. Meine Inserate tragen in jedem Falle obiges Warenzeichen, schützen Sie sich vor Verwechslungen.

**Schritten zur Aufklärung u. Weiterbildung**  
 Soeben erschienen  
 Heft 23.  
**Die deutsche Sozialversicherung in heutiger Gestalt.**  
 Von Fr. Kleels, Weimar.  
 Ueber die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung herrscht vielfach große Unklarheit. Diesem Uebelstande will das Büchlein abzuwehren versuchen. Trotz der Kürze werden alle wichtigen Fragen nach dem neuesten Stande der Gesetzgebung erschöpfend behandelt.  
**Preis 0,75 Mark, für Verbandsmitglieder 0,40 Mark**  
 Abteilung Bücher und Schriften, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter  
 Berlin SO. 33, Schliesische Straße 42  
 Postscheckkonto: Berlin NW 7 Nr. 7422

**HERREN-ARTIKEL**  
**Max Becker**  
 Berlin, Turmstr. 36 (am Anhalter)  
 Bekanntes Spezialgeschäft für Handschuhe, Kravatten, Hosen usw. zu 5% bekannt billigen Preisen.

**Soeben erschienen:**  
**Die Ausbildung in der Kranken-, Irren- und Säuglingspflege und im Massageberuf**  
 Eine Zusammenstellung der staatlichen Vorschriften  
 Bearbeitet von Marie Friedrich-Schulz, Berlin  
**Preis 2,50 Mk.**  
 für Verbandsmitglieder 1,50 Mk.  
 Abteilung Bücher und Schriften  
 Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter  
 Berlin SO 33, Schliesische Straße 42

**Nur einmal**  
 .. bieten wir an:  
**Wilhelm Bölsche:**  
**Entwicklungsgeschichte der Natur**  
 2 große Bände mit zahlreichen Tafeln in Schwarz- und Farbendruck und mit etwa 1000 Abbildungen im Text, 1646 Seiten stark. In Ganzleinenband statt 20 Mk. nur 12 Mk. in Halbleder-Luxusband statt 30 Mk. nur 15 Mk.  
 Sofort bestellen, da nur wenige Exemplare vorhanden.  
 Abteilung Bücher und Schriften  
 Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter  
 Berlin SO 33, Schliesischestraße 42

Verlag: Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Hindenburgstr. 2. Kündigungsangelegenheiten: Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Hindenburgstr. 2. Tel. Palasthöhe 2704, 2705, 2714, 2708, 2709, 2710. Gesamtwortung für Anzeigen: Paul Singer, Berlin SW 68.